



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

XXIX. Frankreichs innere Zustände. Lösung der Marokkofrage

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77071](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77071)

XXIX

Frankreichs innere Zustände.
* Lösung der Marokkofrage *

* XXIX. Frankreichs innere Zustände. Lösung der Marokkofrage *

Frankreich als Republik	3
Herrschaft des linksrepublikanischen Blocs 1899 bis 1907	6
Soziale Kämpfe 1906 bis 1909	10
Das Verhältnis zu Deutschland	16
Die Franzosen bemächtigen sich Marokkos	19
Agadir	22
Beginn der deutsch-französischen Verhandlungen	28
England schürt den Streit. Rede Lloyd Georges	32
Kriegsstimmung. Die Rüstungen Englands	38
Deutsch-französische Einigung vom 4. November 1911	44

Die zwei Jahrzehnte vor dem Weltkriege brachten allen Ländern Europas eine nie dagewesene Blüte der Volkswirtschaft und im Vereine damit ein bis zum Troze gesteigertes nationales Selbstgefühl. Der Überschuss an Kraft sprengte zuletzt den Rahmen friedlichen Wettbewerbes und führte die furchtbare Entladung des Weltkrieges herbei. Die während seines Verlaufs andauernde Hochspannung der Geister, die unerhörten Anstrengungen wären ohne die strotzende Gesundheit der kämpfenden Nationen nicht möglich gewesen. Jede von ihnen mutete sich das Äußerste an Blut- und Geldopfern zu und so rissen sie sich gegenseitig in das Verderben, aus dem Amerika allein Vorteil zog.

*

Frankreich als Republik

An dem vorhergehenden Aufschwung nahm, wenn auch nicht in demselben Maße wie Deutschland und Großbritannien, auch Frankreich teil. Nach 1871 mußte es sich erst von dem Sturze aus seinen politischen Himmeln erholen. Ebenso schmerzlich wie die Losreißung Elsaß-Lothringens war den Franzosen der Verlust der Vorherrschaft auf dem Festlande, die sie, bis zum Aufkommen Bismarcks, noch unter Napoleon III. innehatten. Der Ehrgeiz der Nation bäumte sich gegen die Schranken auf, welche Deutschland und Italien ihren Wünschen nach größerer Macht und nach der Rheingrenze entgegensezten. Dazu kam der Zwist der Parteien, die bis zum Ende des Jahrhunderts herrschende Unsicherheit, ob die Zukunft der Republik oder aber der Monarchie gehöre. Während das Land wirtschaftlich aufs beste gedieh, ging die

politische Genesung nur langsam vor sich, unterbrochen von Rückfällen, so durch den, zahlreiche Abgeordnete und Minister bloßstellenden Panama-Skandal, so durch den Unsinn des Dreyfus-Prozesses.

Der Zweifel, ob sich Frankreich überhaupt von Grund aus erholen werde, war eine der Ursachen, weshalb Rußland unter Alexander II. und zeitweilig auch unter dessen Nachfolger eine nähere Verbindung mit der Republik vermied. Nicht bloß der Petersburger Hof dachte so, auch ein nachdenklicher Kopf wie Dostojewskij kam über die Verfallserscheinungen im französischen Volke nicht hinweg. Der große Schriftsteller war der Herold der tiefen religiösen Gesinnungen und der glühenden Zuerst der tiefen religiösen Gesinnungen und der glühenden Zuerst seines Volkes auf eine strahlende Zukunft. Die Hingabe an die Orthodogie, dieses Erbstückes des alten Rußland, vermählte sich in seinem Geiste mit der Hoffnung auf Rußlands erhöhte Macht, auf die Gewinnung Konstantinopels; Erfolge, die aber zu benützen seien, um im Geiste Christi die gealterte Menschheit zu verjüngen. Dostojewskij liebte zwar Frankreich wegen all dessen, was es für die europäische Gesittung geleistet, aber er konnte sich weder für die vertriebenen Dynastien erwärmen, die seiner Meinung nach von der ihm verhaßten römischen Kurie gelenkt wurden, noch auch für die Republik, die halb seinen Spott, halb sein Bedauern erregte. Diese Auffassung geht durch die politischen Aufsätze des 1881 verstorbenen Dichters, aus denen eine Stelle herausgehoben sei¹⁾. Im Jahre 1877, als Marschall Mac Mahon zur Monarchie zurückstrebte, schrieb er über die Aussichten der Republik: „Nun sind es bald hundert Jahre, daß diese Einrichtung auf die Welt gekommen. Und seit dieser Zeit ist es immer geschehen — jetzt zum dritten Male —, daß, wenn gewandte Usurpatoren die Republik sozusagen konfiszierten, sich niemand erhob, sie ernstlich zu verteidigen, außer vielleicht irgendein kleines Häuflein Machtloser. Eine allgemeine starke Unterstützung der Republik von Seite des ganzen Volkes hat es noch nie gegeben!“ Ähnlich urteilten in Europa alle diejenigen,

¹⁾ So in F. M. Dostojewskijs „Politische Schriften“, die im 13. Bande der deutschen Übersetzung seiner sämtlichen Werke abgedruckt sind. Die Stelle steht S. 101; aber die Aufsätze S. 3—54 aus den Jahren 1873 bis 1881 sind in demselben Geiste geschrieben.

die an dem historisch Gewordenen festhielten. Aus einem andern Grunde sah Wilson in seinem 1889 erschienenen Buche „Vom Staate“ die französischen Verhältnisse in ungünstigem Lichte. Die in der Verwaltung viel verbreitete Korruption erfüllte ihn mit Besorgnis, so daß er vom Deutschen Reiche mit größerem Beifall sprach als von der französischen Republik.

Trotzdem setzte sich die Republik durch. Der wiederholte Wechsel der Regierungen, unter dem Frankreich bis 1870 gelitten hatte, nahm nicht etwa deshalb ein Ende, weil der Sinn des Volkes stetiger geworden war; der Grund liegt vielmehr darin, daß die republikanische Staatsform besser als die Monarchie der veränderten Schichtung der Gesellschaft entsprach.

Die Pfeiler der ehemaligen Ordnung der Dinge, der Adel und der Großgrundbesitz, waren zum Teil in der großen Revolution niedergeworfen worden oder vermorschten mit der Zeit, so daß sich eine starke monarchische Partei auf ihnen nicht aufbauen konnte. Es blieb für eine solche nur noch eine ragende Stütze, die katholische Kirche, auf welche die Anhänger des Königtums ihre letzte Hoffnung setzten; aber auch sie verlor mit der Zeit an treuen Bekennern. Die neuen Schichten dagegen hatten von einem Monarchen nichts Gutes zu erwarten; auch war die moderne Gesellschaft, wenngleich gespalten in Bürger und Arbeiter, in ihren Ideen über göttliche und menschliche Dinge auf naturwissenschaftlicher Grundlage einheitlicher geworden. Dazu kam der Drang nach bürgerlicher Gleichheit, der sich zeitweilig mächtiger erwies als der Gegensatz von Reich und Arm. Halb im Scherz, halb im Ernst hat man in Frankreich deshalb von der „heiligen Gleichheit“ gesprochen; sie hindert den Kapitalisten nicht am Genuß seines Vermögens, dem Arbeiter wieder eröffnet sie die Aussicht auf eine gerechtere Verteilung der Güter. So wuchs die französische Demokratie zusammen und hätte einen Alleinherrscher nicht mehr ertragen.

*

Herrschaft des linksrepublikanischen Blocks 1899 bis 1907

Noch einmal rafften sich während des Dreyfus-Prozesses die Schleppträger der Monarchie und der Kirche zu einer starken Anstrengung auf und bedienten sich zur Werbung unter den Massen des Judenthums und der aufgepeitschten nationalen Leidenschaft. Gegen sie vereinigten sich die Anhänger der Ideen der Revolution von 1789 zu einem Bunde, der bald von der Verteidigung zur Erringung der Macht überging. Der 1899 gebildete republikanische Block zeigte, was der Demokratie an treibender und verjüngender Kraft innewohnt und was sie darin doch wieder schuldig bleibt. Der Block — diese Namenstaufe ging von Clemenceau aus — bestand aus drei Gruppen: an Zahl die kleinste war der linksstehende Teil des besitzenden Bürgertums, der unter Führung Waldeck-Rousseaus stand; den Kern bildete die radikale Partei, welche, mit Clemenceau als stärkster Persönlichkeit, die große Masse der Kleinbürger bis in den Mittelstand hinein um sich scharte; endlich die von Jaurès glanzvoll geleitete Arbeiterpartei. Dieser Bund regierte Frankreich von 1899 bis 1907; er ist für die Sozialgeschichte Europas deshalb von Bedeutung, weil damals zum ersten Male die Sozialdemokratie eines Landes sich zur Unterstützung von bürgerlichen Ministerien bereit fand, wenn sie auch, um ihren Grundsätzen treu zu bleiben, nicht selbst in die Regierung eintrat. Nicht, daß der Klassenkampf vollständig geruht hätte; Hauptsache aber war damals für Jaurès und seine Freunde die Verteidigung der Republik.

Naturgemäß richtete die radikale Linke die Wucht des Angriffes gegen die als letzte aus der Vergangenheit in die Gegenwart hineinragende Gewalt, gegen die katholische Kirche, die allein ihr noch gefährlich werden konnte. Kirchen- und Schulwesen wurden von Grund aus umgestaltet, eine Reform, die in das Leben der Nation tief einschchnitt.

Der erste Schlag traf das Klosterwesen; unter dem Ministerium Waldeck-Rousseau wurden die vom Staate nicht autorisierten Orden aufgelöst, unter dem darauf folgenden Kabinett Combes (1902—1905) auch alle anderen bisher vom Gesetz geschützten geistlichen Gemeinschaften; ihr gesamtes Eigentum ward eingezogen und Bildungs- oder Wohltätigkeitszwecken zugewendet. Darauf folgte durch das Gesetz vom 7. Juli 1904 die Ausschließung der katholischen Geistlichkeit vom Schulwesen; demgemäß durfte keine Person Unterricht erteilen, die das Gelübde der Ehelosigkeit und des Gehorsams gegen die Oberen abgelegt hatte. Zum Ersatz für die aufgelösten klerikalen Volksschulen gründete der Staat zu seinen bisherigen noch tausende neuer Unterrichtsanstalten, aus denen allen nach den 1886 festgelegten Bestimmungen der Religionsunterricht verbannt war. Den Abschluß bildete das Gesetz über die Trennung des Staates von der Kirche vom 9. Dezember 1905. Alle Beiträge des Staates für Kultuszwecke wurden aus seinem Budget gestrichen. Hand in Hand damit ging die Einziehung alles Kirchengutes, wobei ein Unterschied gemacht wurde zwischen den Gotteshäusern auf der einen, den anderen Gebäuden, Grundstücken und dem beweglichen Vermögen auf der anderen Seite. Die ersteren blieben den Kultusgemeinden überlassen, deren Bildung das Gesetz regelte; die letzteren wurden zwischen dem Staate, den Departements und den Gemeinden verteilt, jedoch nicht zu beliebigen öffentlichen Zwecken, sondern bloß für Armenpflege und Wohltätigkeitsanstalten. Da der Staat den Bischöfen und deren Seelsorgern keine Gehälter mehr zahlte, so verzichtete er dafür auch auf jedweden Einfluß bei der Bestellung der hohen und niederen Geistlichkeit. Somit verfügte fortan der unfehlbare Papst allein über die Einsetzung der Bischöfe und durch diese auch über die der anderen Geistlichen. Das aber führte zu Verhältnissen, deren Folgen noch nicht abzusehen sind. Während die französische Kirche die Kosten des Kampfes zahlte und finanziell schwer getroffen wurde, teilten sich der Staat und die römische Kurie stillschweigend in das Erbe. Die Republik zog alles geistliche Gut an sich und ebenso die ausschließliche Besorgung des Schulwesens; der Papst

gewann die unbeschränkte Gewalt über den hohen und den niederen Klerus. Es gehört zu den Rätsselfragen der politischen Zukunft Frankreichs, welche der beiden Gewalten sich eines größeren Machtzuwachses erfreuen wird.

Gegen den Bruch mit der Vergangenheit erhob sich eine Opposition, die nicht bloß aus den Klerikalen, aus den Anhängern der Monarchie und den Nationalisten, sondern auch aus dem konservativen Teile der Republikaner bestand. Viele Freunde der bestehenden Staatsform wollten dem religiösen Erbe der Vergangenheit nicht ganz entsagen und zu ihnen gehörte der größere Teil des wohlhabenden Bürgertums. Diese Gruppe wählte den Parteinamen der Progressisten und befand sich bei den Abstimmungen über die Kirchenpolitik in einer gemischten Gesellschaft; denn sie umschloß die Vertreter des Industrie- und des Finanzkapitals, wie Méline und Ribot, stand jedoch zusammen mit den Nationalisten, die, unter Führung Deroulèdes, auch die reizbaren Patrioten und allerhand wüste Elemente um sich scharten, mit denen sie bis etwa 1906 in Paris die Straße beherrschten. Hier behaupteten sie, da die organisierten Arbeiter tagsüber in den Werkstätten beschäftigt waren, in argen Tumulten oft das Feld.

Es war keineswegs eine imposante Mehrheit im Volke, die für die Kirchenpolitik der Freidenker und überhaupt für die radikale Umformung des Staates eingenommen war. Selbst Emil Loubet, Präsident der Republik von 1899 bis 1906, ging bei der Trennung der Kirche vom Staat nur zögernd mit, die erst von seinem Nachfolger Armand Fallières (1906—1913) nach Kräften gefördert wurde. Lange schwankte die Wage, noch bei den Wahlen von 1906, die den Sieg der linksrepublikanischen Parteien entschieden, erklärten sich 3 690 000 Wähler für die Opposition, also eine stattliche Zahl neben den 5 070 000 für die Mehrheit abgegebenen Stimmen. Die Radikalen waren die stärkste Partei im Lande, und demgemäß waren alle Ministerpräsidenten von 1902 bis 1912 ihren Reihen entnommen: Combes, Rouvier, Sarrien, Clemenceau, Briand, Monis, Caillaux.

Tiefgreifend war auch der Einfluß des radikalen Blocks auf die

Armee. Bis dahin brachten im Offizierskorps mit Vorliebe die monarchisch und gut katholisch gesinnten Familien ihre Söhne unter; hier herrschten noch viele Überlieferungen des alten Frankreich; im Generalstabe konnte sich überhaupt nur behaupten, wer mit den Klerikalen zusammenhielt, zumal als der kluge Jesuitenpater Le Père während des Dreyfushandels hier seine Fäden zog. Um dies abzustellen, ging General André, Kriegsminister in den Kabinetten Combes und Rouvier, mit der größten Härte vor. Ein Fanatiker der gleichmachenden Demokratie, verfolgte er die Männer anderer Gesinnung in der Armee; jeder Offizier, der regelmäßig den Gottesdienst besuchte, war, wenn er auch seine militärische Pflicht tat, dem Minister von vornherein verdächtig. Er nahm die geheimen Berichte und Anzeigen der Freimaurer beim Befördern und Zurücksetzen der Offiziere zur Grundlage: der Einfluß der Logen ersetzte den der geistlichen Orden. Allmählich häufte sich so viel Unwille gegen André auf, daß die Regierung ihn schließlich fallen ließ. Aber nur die Methode änderte sich, nicht das Ziel. Sowohl die bürgerlichen Kriegsminister, wie auch General Picquart, der das Amt unter Clemenceau bekleidete (1906—1909) — er war, von der Unschuld des Hauptmanns Dreyfus überzeugt, mannhaft für ihn eingestanden und deshalb seinerzeit aus dem Generalstabe gestoßen worden —, ließen den neuen Geist durch die Armee fluten, ohne jedoch die Andersdenkenden zu verfolgen. Das Wehrgesetz von 1905 trug das seinige zur Demokratisierung der Armee bei. Die Dauer der Dienstpflicht wurde von drei auf zwei Jahre herabgesetzt und gleichzeitig alle bisher geltenden Begünstigungen abgeschafft. Das Vorrecht des Einjährig-Freiwilligendienstes für die studierende Jugend hörte auf, die Priester und Kleriker aller Bekenntnisse wurden gleich den anderen Staatsbürgern zum Waffendienste herangezogen. Mit der allgemeinen Gleichmachung ging die größte Sorgfalt für die Armee Hand in Hand. Alle verlangten Gelder wurden vom Parlamente ohne Zögern bewilligt; zwischen den verschiedenen Waffengattungen herrschte reger Wettstreit; sichtbar hob sich die Ausbildung der Offiziere, besonders im Generalstabe. Dagegen litt die Mannszucht, welche die demokratischen Regie-

rungen nicht mit der gehörigen Strenge zu fordern wagten; dies wie die Vernachlässigung der Flotte gehörten zu den Schattenseiten des Systems.

Demokratisierung war auch die Lösung in der Beamtenschaft, die sich, wie alle anderen Berufe, in Gewerkschaften zusammenschließen begann. Zuletzt erstreckte sie sich auch auf die Diplomatie. Die Sprossen des alten Adels traten aus dem Dienste, so die Marquis von Noailles und Reverseau, die Botschafter in Berlin und Wien; dagegen rückten Familienangehörige der radikalen Abgeordneten vor; die Enkel zweier Mitglieder des Konvents, die für die Hinrichtung Ludwigs XVI. gestimmt hatten, Barrère und die Brüder Cambon, bekleideten die wichtigsten diplomatischen Posten. Diese drei Männer füllten ihren Platz vollständig aus; im allgemeinen aber änderten sich im Nutzgenusse der Günstlingswirtschaft nur die Personen. Die schämliche Stellenjagd der Abgeordneten zugunsten ihrer Verwandten und Freunde erregte Erbitterung und bot den Lustspieldichtern, Satirikern und Moralisten unerschöpflichen Stoff. Viele Abgeordnete benutzten das Mandat, um sich zu bereichern; in der Verwaltung waren Günstlingswesen und Bestechlichkeit unausrottbar. Ein Vergleich mit dem lauterem Charakter und der Gewissenhaftigkeit des deutschen Beamtentums konnte im Ernst nicht gewagt werden; Nationalfehler und Nationalvorzüge bleiben sich unter wechselnden Staatsformen gleich.

*

Soziale Kämpfe 1906 bis 1909

Der linksrepublikanische Block trug den Keim der Zersetzung in sich. Auf die Dauer konnten Männer des Großkapitals nicht mit Sozialisten, die Fürsprecher der Welt- und Kolonialpolitik nicht mit den Pazifisten zusammenarbeiten. Auch hielt nach Erreichung der großen Ziele der Kirchen- und der Armeepolitik der Ritt nicht mehr, mit dem die bürgerlichen und die sozialistischen Demokraten aneinander gekettet waren. Die

Selbstsucht der besitzenden Klassen tat das ihrige, um die Trennung zu beschleunigen. Sie zeigte sich schon darin, daß der Entwurf des Gesetzes zur Einführung der Einkommensteuer im Senat abgelehnt wurde; das bewegliche Kapital entzog sich seiner Pflicht gegen den Staat fast vollständig. Ebenso weit blieb die französische Republik hinter Deutschland in der sozialen Gesetzgebung, besonders in der Sorge für den alten und invaliden Arbeiter, zurück. Erst 1905 wurde ein Bettel hingeworfen, indem den mehr als 70jährigen Arbeitern ein Rentengehalt zugesprochen wurde. Die Eisenbahnangestellten konnten erst 1907 durch einen gefährlichen Ausstand die Zahlung von Pensionen durchsetzen, die auf den Linien der Privatgesellschaften bis dahin nur gnadenweise zugebilligt worden waren. Es lag viel Wahres in dem Spotte des Sozialistenführers Guesde über den Bloß der Linken: die regierenden Schichten hätten sich mit den Proletariern verbündet, um sie zu entwaffnen. Jaurès wurde in seiner Partei von den Unversöhnlichen hart angefochten, die meinten, die Arbeiter täten Unrecht, sich als Mauerbrecher für die Kirchenpolitik gebrauchen zu lassen, der ganze Streit gehe nur die bürgerlichen Schichten an, die die Sache unter sich abmachen sollten.

Im Jahre 1907 brach der linksrepublikanische Bloß auseinander, wozu die großen, damals ausgebrochenen Ausstände den Anstoß gaben. Es streikten zuerst die Arbeiter in den Bergwerken, vom 7. März 1907 an die in den Elektrizitätswerken der Stadt Paris, so daß die meisten Theater und viele Geschäfte geschlossen werden mußten; die Postbeamten versagten den Dienst, bis ein mißliebiger hoher Beamter entfernt war; und so setzte sich die Reihe weiter fort. Die Unruhen griffen derart um sich, daß das Ministerium Clemenceau die strengsten Maßregeln ergreifen mußte. Da hielt Jaurès dem Ministerpräsidenten vor, daß er von den früheren Regierungen stets verlangt habe, sie hätten sich bei den Zusammenstößen von Kapital und Arbeit neutral zu verhalten, nun aber biete er gegen die Streikenden Waffengewalt auf. Eine neue Verlegenheit erwuchs aus der großen Bewegung unter den Weinbauern Frankreichs, die unter wiederholten Mißernten litten; in Rundgebungen, — anfangs von Zehntausenden, im Juni 1907

von Hunderttausenden — forderten sie Staatshilfe und drohten mit gewaltsamer Erhebung, wenn sie nicht gewährt werde.

Eine Zeit hindurch schien es, daß die Führung der Sozialistenpartei der parlamentarischen Fraktion entgleiten und auf die wildesten Elemente übergehen werde. Diese hatten ihren Sitz in den Gewerksvereinen, den Syndikaten, die weiterstürmen wollten als die geschulten Politiker der Partei. Das war die Rehrseite der Zustände in Deutschland und in England, wo die Gewerksvereine immer mäßigend eingewirkt haben. Dies hing mit der Rückständigkeit der französischen Arbeiter und tiefer noch mit der geringeren Opferwilligkeit der Genossen zusammen. Die 66 französischen Syndikate zählten damals zusammen genommen 500 000 Mitglieder, aber diese entrichteten an Jahresbeiträgen bloß 2 Francs 76 Centimes, so daß die Verbände jährlich nur über 1 380 000 Francs verfügten. Ganz anders jenseits des Rheins. Hier betrug der Jahreszuschuß jedes Arbeiters durchschnittlich 32 Francs 60 Centimes, so daß die Generalkommission der Gewerksvereine Deutschlands 1911 einen regelmäßigen Haushalt von nicht weniger als 60 Millionen Francs zu überwachen hatte. Noch stärker besteuerten sich die großen englischen Verbände, in denen jedes Mitglied schon 1907 jährlich 42,6 Francs entrichtete. Der französische Arbeiter war in jedem Augenblicke bereit, für die Sache der Kameraden in den Kerker zu gehen und selbst auf die Barrikaden zu steigen, aber er knöpfte die Taschen zu, wenn es galt, in die Streikkassen und für andere Zwecke regelmäßig und pünktlich einzuzahlen.

Daraus ergab sich, daß die deutschen und die englischen Gewerkschaften, um nicht die ansehnlichen Geldmittel unüberlegt aufs Spiel zu setzen, nur überlegte Streiks ins Werk setzten, sie aber dann lange und zähe durchfechten konnten, während in den französischen Syndikaten die Hitzköpfe das große Wort führten und der Stoßtaktik den Vorzug gaben. Man nannte die von ihnen empfohlene Methode die syndikalistische; sie hat Frankreich zwischen 1907 und 1909 mit revolutionären Ausbrüchen bedroht. Der Syndikalismus arbeitete nicht auf eine neue Parteibildung hin, sondern war vielmehr eine Strömung unter den Sozialisten,

um die bisherigen Führer und besonders die Massen mit fortzureißen. Allen Parlamentarismus geringschätzend, forderten die Männer der Tat das unmittelbare Eingreifen der Syndikate, vor allem den Generalstreik, um die bestehende soziale Ordnung durch einen gewaltigen Schlag über den Haufen zu werfen. Es wäre, so entwickelte der Theoretiker unter ihnen, Sorel, ein großer Irrtum von Marx gewesen, zu glauben, daß, sobald sich das Kapital zusammengeballt hätte und die Mittelschichten völlig proletarisiert sein würden, von selbst der Tag kommen werde, an dem die Massen sich ohne Anstrengung in den Besitz sämtlicher Arbeitswerkzeuge setzen könnten. Es verhalte sich umgekehrt; nie hätte sich in der Geschichte etwas Großes automatisch vollzogen, immer mußten Begeisterung und heldenhafter Opfertod das Beste tun. Zu solchen Taten und Leiden riefen die Syndikalisten auf, wobei sie erklärten, es sei gleichgültig, ob die Mehrheit oder ob auch nur die Minderheit der Arbeiter sich zum unmittelbaren Handeln entschlosse; das Spiel mit den Grundsätzen der Demokratie führe nicht zum Ziele; den an Willen und Geist Höchststehenden gebühre die Führung. All dies klingt vielfach an die späteren Lehren der Bolschewiken an, von denen 1907 mancher in Paris weilte und von den Syndikalisten Anregungen erfuhr. In Frankreich selbst rauschte die Bewegung zwischen 1907 und 1909 hoch auf, um dann von selbst zusammenzusinken, worauf Jaurès, der vor Übertreibungen gewarnt hatte, die marxistische Taktik wieder zu Ehren brachte.

Zunächst aber stieg für die bürgerliche Gesellschaft die Gefahr, weil die Funken auch in die Armee hinübersprühten. Solange das Heer der Regierung gehorchte, war der Bestand der bestehenden Staatsordnung verbürgt. Dies bedenkend, ließ der Arbeiterbund der Syndikalisten in mehr als 100 000 Abdrücken eine Flugschrift unter den Soldaten verbreiten, in der sie zum Ungehorsam und zur Desertion aufgefordert wurden. Damit wurde zuerst in den Weinbaugebieten ein Erfolg erzielt, so zwar, daß die zur Bewältigung der Unruhen aufgegebenen Soldaten der Landschaft sich weigerten, gegen ihre Brüder und Kameraden loszugehen. Am 9. Juni 1907 meuterte in Narbonne das

100. Regiment, es folgte zu Montpellier das 122., hierauf das 12. und das 17. Regiment. Die Lockerung der Disziplin ließ es zweifelhaft erscheinen, ob Frankreich selbst gegen das Ausland noch über seine Armee verfügen könne¹⁾.

In diesen Schwierigkeiten entfaltete Clemenceau seine ganze Energie. Gegen den Ausstand der Eisenbahner griff er zu dem Mittel, sie zum Waffendienst einzuberufen, so daß sie unter Kriegsrecht standen und zum Gehorsam gebracht wurden. Es gelang auch, der Unruhen überall Herr zu werden; aber Clemenceaus hitziges Temperament und seine Rücksichtslosigkeit rissen ihn zu Ausfällen gegen die Sozialisten hin, durch welche sich deren Erbitterung steigerte; unaufhörlich standen er und Jaurès sich auf der Tribüne der Kammer gegenüber. Oft hatte Clemenceau im politischen Leben wie Sprengpulver gewirkt, und so ging diesmal der Block der Linken für immer in Trümmer. Um so mehr zollten die besitzenden Klassen dem schneidigen Ministerpräsidenten Anerkennung, der aus einem Manne schonungsloser Kritik der Mann der Ordnung und der Faust geworden war. Aber er nützte sich in diesen Kämpfen ab und trat nach einem wüsten Wortgefechte mit Delcassé am 20. Juli 1909 aus dem Amte. Aristide Briand, der ihm folgte, trat in seine Fußstapfen, obwohl er seine Laufbahn als Sozialist begonnen hatte. Als er im Jahre 1910 einen Eisenbahnerstreik durch die Einberufung der Teilnehmer zum Waffendienste niederwarf, hielt ihm einer seiner ehemaligen Genossen vor, er habe sich seinerzeit für seine dem Generalstreik empfehlenden Vorträge aus der Kasse der Arbeiter bezahlen lassen. Briand stellte die Tatsache in Abrede; darauf wurde der Kammer ein mächtiges Plakat vorgelegt, in welchem mit Riesenschrift eine Rede Briands abgedruckt war, die zum Generalstreik aufforderte; auch wurde bezeugt, daß er zu jener Zeit die Soldaten zum Ungehorsam aufgefordert hatte. Das waren vergangene Zeiten; jetzt kündigte er (29. Oktober 1910) den Männern der Revolution an, daß er, wenn bei einer drohenden Gefahr die Gesetze nicht zum Schutze

¹⁾ Diese Befürchtungen sind in der Schrift des Majors Driant: „Vers un nouveau Sedan“, Paris 1907, ausgesprochen.

des Vaterlandes ausreichen sollten, auch vor ungesetzlichen Mitteln nicht zurückscheuen würde. Darauf brach ein Sturm los; der Sozialist Colly wurde von seinen Freunden nur mit Mühe zurückgehalten, sich auf ihn zu stürzen, und schrie wie ein Rasender: „Laßt mich den Diktator erwürgen!“ Die bürgerliche Mehrheit der Kammer aber stand zu Briand, und er erhielt am nächsten Tage mit 388 gegen 94 Stimmen ein Vertrauensvotum. Das Gebäude der Gesellschaft zeigte Risse, aber es hielt dem Sturme stand, und nach dreijährigen Aufregungen beruhigten sich die Gemüter. Mit aller Schärfe ging die Regierung gegen die das Heer zersetzenden antimilitaristischen Treibereien vor. Gustave Hervé, der den Patriotismus für eine Narrheit und soldatische Mannszucht als Knechtschaft hinstellte, wurde 1910 zu vierjährigem Gefängnisse verurteilt. Im Kerker kam der heißblütige Mann auf andere Gedanken, sagte sich nach seiner Entlassung 1912 von seinen Genossen los, wurde ein braver Patriot und im Kriege sogar ein Eisenfresser. Eine verwandte Entwicklung machte Sorel durch, der dem Syndikalismus ein System an den Leib geschnitten hatte. Er verbiß sich so hartnäckig in die Gegnerschaft wider das parlamentarische Getriebe und gegen die rechtgläubige marxistische Lehre, daß er zulezt in das Lager des Königtums einschwenkte. Das Hauptblatt der Legitimisten aber, „L'action française“, predigte mit Feuereifer, Frankreich habe die schönste Blüte unter den Königen erlebt, damals Europa beherrscht; nur nach deren Wiederkehr werde es sich von seinem Falle erholen, die Deutschen besiegen und Elsaß-Lothringen zurückerobern. Lebensläufe wie die Hervés und Sorels, noch mehr aber das Abflauen der inneren Kämpfe sind hauptsächlich auf die steigende Bedeutung der äußeren Politik für das Leben der Nation zurückzuführen, auf die Gewalt, die der Gedanke des Vergeltungskrieges immer stärker auf die Gemüter übte. Dem gegenüber versank alles übrige zwar nicht unterhalb der Schwelle des Bewußtseins, wohl aber hinter dem Entschlusse zum Handeln.

*

Das Verhältnis zu Deutschland

Niemals hatte in Frankreich der mit Elsaß-Lothringen getriebene Heiligenkultus aufgehört. In der großen von Lavisse und Rambaud herausgegebenen Weltgeschichte sind die Ereignisse nach 1871 von Malet behandelt, der — seine Arbeit erschien 1901 — den Deutschen den nahenden Krieg mit den Worten ankündigte: „In Frankfurt am Main ist ein Waffenstillstand unterzeichnet worden, aber keineswegs der Friede“, und noch deutlicher mit den Worten: „Selbst wenn Frankreich den Schrei seiner Eigenliebe unterdrücken und sich mit der Niederlage abfinden konnte, so kann es doch ihre Konsequenzen nicht hinnehmen, weil das Recht der Selbstbestimmung der Elsaß-Lothringer verletzt und seine Sicherheit durch die Verschiebung der Grenze bedroht ist. Wenn es sich nicht für die Revanche schlägt, muß es für die Grenze kämpfen.“ Nicht einen Augenblick in den Jahren 1871 bis 1914 konnten die Deutschen des Lebens froh werden, immer mußten sie sich auf den Losbruch im Westen gefaßt machen. „Es wurde in Frankreich zum System,“ schrieb 1919 ein Kenner der europäischen Verhältnisse, „Deutschland wie den Stier in der Arena zu reizen, zu triumphieren, wenn es ruhig blieb und über Brutalität und Bedrohung zu klagen, wenn es zurückschlug“¹⁾.

Indessen sind in den Verhältnissen der zwei Nachbarvölker deutlich zwei Abschnitte zu unterscheiden, der vor und der nach dem ungeschriebenen Bündnisse Frankreichs mit Großbritannien 1904. Bis dahin war der Eroberungsgedanke der Traum der Mächte der Franzosen, die Forderungen des Tages nötigten sie zum friedlichen Zusammenleben. Gegen das Ende des 19. Jahrhunderts stellte sich ein erträgliches Verhältnis ein, zumal als England der Republik in der Jassoda-Angelegenheit eine schmachliche Niederlage bereitete. Vorher war schon Hanotaux als Minister des Außereren in Kolonialfragen mehrfach zu einem Ver-

¹⁾ Berthold Molden, „Die Politik der Besiegten“, Wien 1919, S. 26.

ständnisse mit dem Berliner Kabinett gelangt. Waldeck-Rousseau besuchte nach Niederlegung seines Amtes die deutsche Reichshauptstadt, ohne daß ihm dies von seinen Landsleuten verargt wurde. Daß Präsident Loubet 1904 die deutsche Regierung wissen ließ, er habe nichts dagegen, auf seiner Reise nach Italien mit Kaiser Wilhelm II. zusammenzutreffen, war ein noch deutlicheres Zeichen der Zeit.

Dann kam die Verständigung der französischen und englischen Regierung, April 1904, und damit erwachte der Vergeltungsgedanke mit neuer Kraft. Daß Delcassé seine Tätigkeit als Minister des Aeußeren von vornherein auf ein Bündnis mit Großbritannien eingestellt habe, ist falsch; war er doch während des Burenkrieges zum Vorgehen gegen England bereit, gemeinsam mit Rußland und Deutschland. Was er innerlich gefühlt haben mochte, ist eine Sache für sich. Vertreter des Rachekrieges mit Deutschland wurde er erst seit seinem nahen Verkehr mit Eduard VII. So oft Frankreich seit 1904 mit der deutschen Regierung in Händel verwickelt war, kam von London her die in eine feste Formel geprägte Botschaft, die Flotte Britanniens, daneben sechs Divisionen Infanterie und eine Division Kavallerie, ständen zu seiner Unterstützung bereit. So 1905 und 1906, wie bereits erzählt wurde, so bei späteren Gelegenheiten. Anfangs war die Aussicht nicht verlockend, wengleich Delcassé ihr erlag; denn so lange Rußland nicht im Osten gegen Deutschland aufmarschieren konnte, ging Frankreich trotz englischer Hilfe einer sicheren Niederlage entgegen. Das wußte Rouvier und ließ deshalb seinen Kollegen fallen. Clemenceau hielt sich auf derselben Linie. Dieser temperamentvollste aller französischen Staatsmänner wollte die Brücke zu Deutschland nicht abbrechen; er besuchte sogar 1906 nach einer Karlsbader Kur vorübergehend Berlin. Vergebens wollte ihn Eduard VII. 1908 bei der Zusammenkunft in Marienbad in seine Netze ziehen, Clemenceau wich aus, und machte aus seinem Mißtrauen gegen die Absichten des Königs auch Nichtfranzosen gegenüber kein Geheimnis. Damals war Rußland noch ungerüstet, außerdem seine Politik von Iswolskij so kläglich geführt, daß Europa sich über ihn belustigte. Der Fall des Ministeriums Clemenceau war von Um-

ständen begleitet, die auf seine damalige Auffassung helles Licht werfen. Zwischen ihm und Delcassé herrschte aus nicht aufgehellten Gründen glühender persönlicher Haß, der losbrach, als der letztere im Namen des Marineauschusses die schweren Schäden der Flotte zur Sprache brachte. Die zwei Männer überhäuften sich mit Vorwürfen. Clemenceau, der alle Selbstbeherrschung verlor, warf seinem Gegner dessen Fehler in der Marokkopolitik vor, durch die Frankreich fast in einen Krieg verwickelt und zuletzt zum Rückzuge genötigt worden sei. Die Kammer hörte schon unruhig zu, da der Ministerpräsident alles Maß überschritt und von den Ereignissen des Jahres 1905 als von einer Niederlage des Reiches sprach. Als er gar in den Ruf ausbrach: „Ich habe Frankreich nicht gedemütigt wie Sie“, empfand die Versammlung dies als Beleidigung Frankreichs und versagte Clemenceau, dessen Stellung bereits erschüttert war, das verlangte Vertrauensvotum, so daß er am 20. Juli 1909 zurücktrat. Clemenceau hatte oft parlamentarische Siege erfochten, ohne das Recht auf seiner Seite zu haben, jetzt stürzte er, weil er im Zorne der Wahrheit die Ehre gab.

Es wäre ein Wunder gewesen, wenn Frankreich, mit dem Stachel von 1870 im Herzen, nicht durch die ihm wiederholt von England angebotene Hilfe zu Racheplänen gereizt worden wäre. Die Ungeschicklichkeit der deutschen Politik tat das ihrige, da sie die von Rouvier gebotene Möglichkeit der Teilung Marokkos in den Wind schlug und damit die Fortdauer des bis 1904 bestehenden nachbarlichen, wenn auch kühlen Verhältnisses verhinderte. So gewann Elsaß-Lothringen wieder den früheren breiten Raum in den Berechnungen der französischen Patrioten. General Boulanger, der mit Bismarck hatte anbinden wollen, war ein Abenteuerer, Deroulède, der den Mantel des nationalen Propheten trug, ein begabter Dichter, aber ein politischer Phantast; Delcassé aber und Poincaré, der im Jahre 1906 durch einige Monate zum erstenmal einen Ministerposten bekleidete, konnten mit der geänderten Lage Europas rechnen.

*

Die Franzosen bemächtigen sich Marokkos

So kam es, daß auch in der Marokko-Angelegenheit alle 1909 und 1910 unternommenen Versuche eines Ausgleiches der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Frankreichs scheiterten; das Hindernis lag nicht bei den Regierungen, die hien wie drüben zu einem Ausgleich bereit waren, sondern an der gereizten öffentlichen Meinung, an der Eifersucht der französischen Kolonialpartei wie an den hochgespannten Ansprüchen der Alldeutschen.

Das zeigte sich deutlich, als die beiden Kabinette an die Ausführung des am 9. Februar 1909 geschlossenen Vertrages gingen. Diese Vorgänge sind durch den Verlauf der Dinge unwichtig geworden, dennoch können sie nicht übergangen werden, da sich in ihnen das Grollen des aufziehenden Sturmes ankündigte. In jener Abmachung war versucht worden, zwischen dem politischen Einflusse auf das scherifische Kaiserreich und dessen wirtschaftlicher Durchdringung einen Unterschied zu machen. In ersterem Belang wurde das Übergewicht Frankreich zuerkannt, wogegen den Deutschen wirtschaftlich das gleiche Recht eingeräumt ward. Im Anschlusse daran tauschten Staatssekretär Schoen und Botschafter Jules Cambon Briefe aus, in denen sich die zwei Kabinette verpflichteten, das wirtschaftliche Zusammenarbeiten ihrer Staatsangehörigen in Marokko zu fördern. Das klang recht schön, und tatsächlich hielten beide Regierungen ihre Zusage, auch Clemenceau und Briand, in deren Kabinetten Stéphen Pichon die auswärtigen Angelegenheiten leitete. Es wiederholte sich aber immer dasselbe Schauspiel: so oft von oben herab eine Verständigung angebahnt war, bliesen dies- wie jenseits des Rheins die nationalistischen Zeitungen Sturm und klagten über die Preisgabe des öffentlichen Wohles; fast niemals gelang es, die zwei Gruppen von Kapitalisten zusammenzuspannen. So bei der Regelung der marokkanischen Staatsschuld, beim Baue von Eisenbahnen wie bei den Lieferungen für den Staat. Am bezeichnendsten war der Vorgang, als die

zwei Regierungen den Grenzstreit zwischen Kamerun und dem französischen Kongo schlichten wollten. Zu diesem Behufe wäre ein Ausgleich zwischen der französischen N'Goko-Sanga-Kompanie und der entsprechenden deutschen Gesellschaft notwendig gewesen, in der Art, daß man die zwei Unternehmungen zusammenlegte. Briand war bereit, zur Abfindung der französischen Gesellschaft etwas über zwei Millionen Francs aus dem Staatsschatz beizutragen, um so mehr als der einflußreiche Redakteur des „Temps“, Tardieu, an dem Geschäft beteiligt war¹⁾. Als aber die Sache ins Parlament kam, ging alles in Brüche; die Gegner der Regierung und Tardiens hintertrieben die Bewilligung. Am erbittertesten wogte der Streit um die marokkanischen Bergwerke, an denen die Brüder Mannesmann beteiligt waren. Sie hatten vom Sultan eine Bestellung erhalten, die aber von der französischen „Union des Mines“ angefochten wurde. Die Alldeutschen schäumten vor Entrüstung über die deutsche Regierung, weil sie wegen der Brüder Mannesmann nicht dreinschlagen wollte. Das Berliner Kabinett gab sich große Mühe, um die zwei Unternehmungen zu bestimmen, sich zur Ausbeutung zu verbinden; diese aber konnten sich nicht über ihren Anteil einigen. Überall klappte der Zwiespalt.

Die rasch aufeinander folgenden radikalen Ministerien konnten sich dem Drängen der öffentlichen Meinung nicht entziehen, um so weniger als die europäische Lage durch die immer enger werdende Einkreisung Mitteleuropas für Frankreich stets günstiger wurde. Marokko sollte endlich französisch werden, ob die Deutschen einverstanden waren oder nicht. Die Ungeduld der Franzosen war erklärlich, denn sie hatten die Ernte aus dem Einvernehmen mit England noch nicht eingeheimst, während dieses sich des ungestörten Besizes von Ägypten erfreute. Man

¹⁾ Der finanzielle Vorteil Tardiens an einem Ausgleich war der Grund, weshalb sich der „Temps“ damals einer friedlichen Haltung Deutschland gegenüber befleiß. Diese Vermengung persönlicher und öffentlicher Interessen veranlaßte einen Teil der Presse zu heftigen Angriffen auf ihn. Darüber ist der Aufsatz von F. Challaie in der „Revue politique et parlementaire“ vom 10. September 1911 zu vergleichen. Deshalb nehmen in Tardiens Buche: „Le mystère d'Agadir“, Paris 1912, die Angelegenheiten der N'Goko-Sanga-Kompagnie einen breiten Raum ein.

rechnete den Briten auch die anderen Vorteile nach, die sich ihnen aus der Verständigung mit Frankreich ergeben hatten. Der frühere Minister des Äußeren, Hanotaur, ließ sich darüber folgendermaßen vernehmen: „Sollte der Hauptteil Marokkos nicht der Republik zufallen, so wäre sie des einzigen mageren Gewinnes beraubt, für den sie Ägypten, Newfoundland, Tripolis, den Kongo und den spanischen Anteil Marokkos hingegeben hat. Wenn dies das Ergebnis der Politik von 1902 und 1904 ist, dann ist diese Politik gerichtet“¹⁾. Darüber waren alle bürgerlichen Parteien einig, und auch von den Sozialisten war eine andere als grundsätzliche Verwahrung gegen imperialistische Unternehmungen nicht zu besorgen. Nur mit dem Widerspruche Deutschlands mußte gerechnet werden. Dessen Regierung war zu einer endgiltigen Regelung im französischen Sinne bereit, erwartete aber irgendeine Entschädigung für ihren Verzicht. Das Natürliche wäre gewesen, wenn das Pariser Kabinett sich mit ihr ins Einvernehmen gesetzt hätte. Dieses vertraute jedoch auf das Bündnis mit Rußland, noch mehr auf die sichere Hilfe Englands und schob Deutschland geringschätzig beiseite. Das war es, was schon Jaurès und ebenso Lord Rosebery 1904 an dem damaligen Vorgehen Delcassés getadelt hatten. Seither war Frankreichs Stellung stärker geworden, so daß es frischweg an die Einverleibung des Landes schritt.

Im Februar 1911 trat die entscheidende Wendung ein. Der Vorwand für die völlige Unterwerfung Marokkos war leicht gefunden. Damals brach gegen die Herrschaft des Sultans Muley Hafid ein Aufstand an der Karawanenstraße aus, die von Tanger zur Hauptstadt Fez führt. Das Ereignis war nicht tragischer als ähnliche sich jährlich wiederholende Erhebungen; die französische Regierung ließ aber verkünden, sie müsse einschreiten, um, wie sie sich ausdrückte, den Maghzen zu retten. Gerade in diesem Augenblicke kam das Ministerium Briand

¹⁾ Die in diesen Jahren veröffentlichten Aufsätze Hanotaur' sind in den zwei Büchern seiner „Études diplomatiques“ gesammelt erschienen. Das erste Buch trägt den Untertitel „La politique d'Équilibre“, Paris 1911, das zweite „La guerre des Balkans“, Paris 1913. Hanotaur schreibt zwar nicht in einem Deutschland freundlichen Sinne, indessen fällt er über die englische Politik ein unabhängiges Urteil.

in einer innerpolitischen Frage in die Minorität und mußte zurücktreten; das nachfolgende Kabinett Monis, gebildet am 2. März 1911, trat in dessen Fußstapfen und setzte die Unterdrückung ins Werk. Ein Heer von 35000 Mann unter General Moinier wurde ausgerüstet, das sich gegen Fez in Bewegung setzte. Auf dem Marsche erhielt Moinier die unwillkommene Kunde, der Sultan habe die Aufständischen bereits besiegt und sich somit selbst gerettet. Die französische Regierung stand deswegen aber nicht von ihrem Vorhaben ab, das Heer der Befreier rückte vielmehr am 21. Mai in Fez ein, nachdem der Sultan und die Seinigen bereits das Siegesfest gefeiert hatten. Ohne auf Widerstand zu stoßen, besetzten die Franzosen ebenso die anderen wichtigeren Plätze des Landes. Darauf beeilten sich auch die Spanier, den Anteil von Marokko in Beschlag zu nehmen, auf den sie nach dem Geheimvertrage vom 4. Oktober 1904 Anspruch erhoben. Schon im Jahre vorher hatten sie zu eben diesem Zwecke unter nichtigen Vorwänden Marokko mit Krieg überzogen, wobei sie sich aber blutige Köpfe holten, so daß sie am 15. November 1910 großmütig Frieden schlossen. Jetzt aber war der Sultan wehrlos, so daß die Spanier am 8. Juni 1911 Larasch und zwei Tage darauf El-Rsar-el-Rebir besetzten. Der Algecirass-Vertrag flatterte zerissen in den Lüften.

*

Agadir

Deutschland hatte das Nachsehen. Auf Grund der Vereinbarungen mit Frankreich, besonders nach dem Vertrage von 1909 (Band II, Seite 316ff.), besaß es eine Art Hypothek auf Marokko, die jetzt ihren Wert verlor. Wieder zeigte sich, daß die Westmächte entschlossen waren, ohne weiteres über das Berliner Kabinett hinwegzugehen und es seine Vereinsamung fühlen zu lassen. Es wartete durch Wochen, ob die französische Regierung sich zu irgendeiner Erklärung, zu einem wenn auch mageren Ausgleichsangebote herbeilassen werde; der belgische Gesandte

meldete am 17. Juni aus Berlin, einige seiner Kollegen seien über die Langmut Deutschlands erstaunt. Das einzige aber, was die französische Regierung von sich hören ließ, war die Versicherung des Botschafters Cambon, die Truppen des Generals Moinier würden die Residenz des Sultans räumen, sobald die Ordnung wieder hergestellt sei. Natürlich dachte in Paris kein Mensch an die Erfüllung der Zusage, und auch Cambon glaubte kein Wort von dem, was er sagte. Trotzdem antwortete ihm Staatssekretär Riederlen-Wächter entgegenkommend: „Werdet ihr aber, wenn ihr einmal in Fez seid, wieder hinausgehen können? Ich setze keinen Zweifel in euren guten Glauben, aber die Ereignisse können stärker sein als euer guter Glaube.“ Riederlen irrte, wenn er glaubte, solche Höflichkeit werde die französische Regierung zu einer Aussprache veranlassen; diese hielt die Worte des Staatssekretärs für ein Zeichen der Schwäche und schwieg sich weiter aus. Durch die konservative und die nationalliberale Presse ging tiefe Unzufriedenheit; die Alldeutschen konnten es nicht fassen, daß sich Kaiser Wilhelm und seine Minister so viel gefallen ließen. Aber auch die Männer der Regierung fühlten, daß die Probe auf die Geltung Deutschlands als Großmacht gekommen sei. Sie überlegten, welches das zweckmäßigste Mittel sei, um der Welt Deutschland in Erinnerung zu bringen. Die Kunde von dieser Absicht drang in die Öffentlichkeit, so daß man in Paris doch unruhig wurde und Cambon den Auftrag erhielt, sich mit dem Reichskanzler auszusprechen. Dieser wies den Botschafter an Riederlen, der gerade im Bade Kissingen weilte, wohin sich Cambon auch begab. Hier fanden am 21. und 22. Juni die ersten Unterhandlungen statt. Riederlen-Wächter verlangte für Deutschland zunächst ein Stück Marokkos. Als Cambon dringend von dieser für Frankreich unannehmbaren Forderung abmahnte, schien sich der andere eines besseren zu besinnen. Darauf habe das Gespräch die Wendung genommen, daß der Botschafter fragte: „Sie verzichten also auf einen Hafen in Marokko?“ „Ja!“ war die Antwort, „es gibt noch andere Dinge als Marokko.“ „Wo?“ lautete die Gegenfrage. „Suchen Sie!“ erwiderte der Staatssekretär. „Da Sie nach Paris zu gehen beabsichtigen, bringen Sie uns von dort etwas mit.“

Damit erklärte sich Deutschland im allgemeinen bereit, Marokko den Franzosen zu überlassen, aber nur gegen eine Abfindung, die der Staatssekretär noch nicht näher bezeichnete. Es war aber ein offenes Geheimnis, daß Gebiete am Kongo gemeint waren. Dies die Botschaft, die Cambon nach Paris mitbrachte.

Indessen war man in Berlin der Ansicht, Deutschland habe lange genug gewartet. Fünf Wochen waren seit dem Einzuge der Franzosen in Fez verstrichen und sie breiteten sich nach einem Worte Riberlens wie ein Ölfließ aus. Er hielt es an der Zeit, ihnen die Macht Deutschlands zu zeigen. Verschiedene Maßnahmen wurden erwogen, bis sich die Regierung auf den Rat des Staatssekretärs für das entschied, was man hochtrabend den Schlag von Agadir genannt hat. Am 1. Juli erschien das deutsche Kanonenboot „Panther“, das nicht mehr als 125 Mann an Bord hatte, an der Westküste Marokkos und warf vor Agadir Anker aus. Das kleine Kriegsschiff war nicht darnach geartet, zu imponieren, auch unterblieb jedwede Landung; sein Erscheinen sollte nach der Absicht des Berliner Kabinettes nur wie ein Signalschuß wirken. Daran änderte sich auch nichts, als der „Panther“ einige Zeit später von dem kleinen Kreuzer „Berlin“ abgelöst ward. Gleich anfangs verkündete die Regierung amtlich, die Maßregel diene ausschließlich dem Schutze von Leben und Sicherheit der in dieser Landschaft, dem Süß, lebenden Deutschen. Das war aber nur ein Vorwand; vielmehr wurden Mannschaft und Kanonen gezeigt um festzustellen, Deutschland sei bereit, die Waffen dafür einzusetzen, daß ihm aus dem Marokkohandel Landgewinn zufalle.

Bei all dem spielte die Absicht mit, durch ein kräftiges Lebenszeichen der öffentlichen Meinung im eigenen Lande eine gewisse Genugtuung zu bereiten. Denn allgemein herrschte tiefes Mißvergnügen über die Ausschaltung Deutschlands, über die Aufteilung der Südküste des Mitteländischen Meeres unter Engländer, Franzosen, Italiener, Spanier, ohne Rücksicht auf den stärksten Staat des europäischen Festlandes. In dieser gemeinsamen Empfindung der Nation gab es verschiedene Abschattungen von links nach rechts. Bei den Sozialisten

äußerten sie sich in Spott über den Mißerfolg der angeblich starken Regierung, in der bürgerlichen Demokratie und beim Zentrum in einer Unruhe, die zwischen den Ratschlägen zur Kraftentfaltung und zum Maßhalten schwankte; die Parteien der Rechten endlich von den Nationalliberalen an größten laut und vernehmlich. Aus diesen Stimmungen war zu ersehen, wie stark das Selbstgefühl der Nation seit der Marokkofriese von 1905 gestiegen war. Die Alldeutschen waren nicht mehr eine kleine überlaute Gruppe, sondern hatten ihre Anhänger in allen Fraktionen der Rechten; ihr bekanntes Marokko-Programm fand hier überall Zustimmung. Es ging auf die Erwerbung Westmarokkos, die von Frankreich zu fordern und nötigenfalls durch Krieg zu erzwingen sei¹⁾. Was 1905 nur platonisch als Ziel hingestellt wurde, war den Befennern jetzt blutiger Ernst. Wichtig war, daß sich den Schriftstellern, Gymnasiallehrern und den anderen Intellektuellen des Alldeutschen Verbandes viele Großindustrielle zugesellten, die in Marokko wegen dessen Reichthums an Erzen festen Fuß fassen wollten, oder dort Absatz für ihre Waren zu finden hofften. In diesen Kreisen war übrigens die Ansicht verbreitet, daß Frankreich, sobald es den unbeugsamen Ernst des Deutschen Reiches spüre, gutwillig zurückweichen werde. Auch diesmal war Harden der lauteste Rufer im Streite. Nach dem Weltkriege zwar gab er seinem wilden Drängen die Deutung, er sei sicher gewesen, der Friede wäre nicht gefährdet gewesen, wenn Deutschland nur mit voller Wucht seine Ansprüche angemeldet und den Weltteil vor das Biegen oder Brechen gestellt hätte. Im Jahre 1911 klang das anders; er forderte, wenn Deutschland nicht weite Kolonialgebiete in Afrika zugebilligt werden sollten, den Krieg gegen Frankreich.

Von dieser Absicht waren jedoch Kaiser Wilhelm und seine Ratgeber weit entfernt. In den nächsten schwülen Wochen, so berichtet Bethmann Hollweg wahrheitsgemäß, habe sich der Kaiser nicht einen Augenblick in der Absicht eines friedlichen Ausgleiches beirren lassen. Der leitende Gedanke Bethmann Hollwegs und Riederlens war, dem

¹⁾ Das ist dargestellt in der Schrift von Heinrich Claß, dem Obmann des Alldeutschen Verbandes, „West-Marokko deutsch!“, München 1911.

leidigen Marokkohan- del ein Ende zu bereiten, der das Verhältnis zu Frankreich immer aufß neue vergiftete. Die Entschädigung suchten sie im Inneren Afrikas. Riederlen besonders verfolgte daselbst den Plan der Gründung eines großen deutschen Kolonialreiches, für das er bei diesem Anlasse einen und den anderen Baustein herbeischaffen wollte. Ihm schwebte die Verbindung Kameruns mit Deutsch-Südwestafrika und dieses Gebietes mit Deutsch-Ostafrika vor, wozu man freilich nur durch lange diplomatische Arbeit, durch Teilung der portugiesischen Besitzungen mit England, durch eine Reihe von Verträgen mit Frankreich gelangen konnte. Diesem Zwecke sollte auch der durch das Erscheinen vor Agadir geübte Druck dienen. Den Reichen der Briten im Osten und Süden, der Franzosen im Westen Afrikas wäre ein deutsches im Innern dieses Erdteiles ebenbürtig zur Seite getreten.

Es lag aber an der diplomatischen Schule, durch die Riederlen-Wächter gegangen war, daß er dieses eines jeden deutschen Staatsmannes würdige Ziel zu verheimlichen und Mittel anzuwenden für gut fand, die Freund wie Feind von der richtigen Fährte ablenken sollten. In dieser Art verfuhr er auch mit den Alldeutschen, deren westmarokkanischer Lieblingsplan ihm ein gutes Mittel zu sein schien, in den Franzosen die Sorge um das heißerstrebte Land wachzurufen und sie dadurch zur Nachgiebigkeit am Kongo zu bestimmen. Als eine alldeutsche Abordnung zu ihm kam, um ihn zu bearbeiten, hörte er aufmerksam zu und widersprach nicht; seine Worte klangen so, als ob ihm die geräuschvolle Tätigkeit der Herren nicht unwillkommen wäre. Sie verließen ihn beruhigt und erklärten sich, als Deutschland in dem darauffolgenden Ausgleiche vom 4. November 1911 Marokko aufgab, für getäuscht; der Verzicht sei ein Verrat an Deutschlands überseeischer Zukunft. Darauf erwiderte der Staatssekretär, das sei ein Mißverständnis; er habe allerdings nichts dagegen gehabt, daß die Alldeutschen Sturm läuteten, um die französische Regierung darauf verweisen und williger stimmen zu können¹⁾. Solche Schlauchheiten sahen ihm ähnlich, sie waren jedoch

¹⁾ Als der Obmann des Alldeutschen Verbandes den Staatssekretär der Unredlichkeit beschuldigte, versicherte dieser am 23. November im Ausschusse des Reichstages, er habe

hier übel angebracht und trugen ihm böse Stunden ein. Anders hatte es Bismarck gehalten, der bei ähnlichen und größeren Anlässen von vornherein die Absicht auf den Erwerb von Schleswig-Holstein, selbst auf die Herrschaft Preußens in Deutschland vor aller Welt verlautbarte. Riederlen war ein Mann von hervorragenden Fähigkeiten, aber seine Art zu derb für das feine Spiel, daß er treiben wollte.

In England und Frankreich ist auch später immer behauptet worden, die deutsche Regierung habe 1911 nur notgedrungen auf Marokko verzichtet, und man führte als Beweis eine Äußerung des deutschen Kronprinzen an, der in jenen bewegten Tagen zu Botschafter Cambon sagte: „Ihr seid jetzt in Fez... Marokko ist ein schöner Bissen... Ihr werdet uns unseren Teil ablassen und alles ist dann fertig. (Vous ferez notre part et tout sera fini.)“ Selbst wenn der Kronprinz mit diesen Worten Anspruch auf ein Stück Marokkos erhoben hätte, so beweist das nichts für die Absicht des Kaisers und dessen verantwortliche Ratgeber, da Prinz Friedrich Wilhelm sich zu der alldeutschen Opposition hielt. Jedenfalls sprach auch er sich damit zu Cambon im Sinne eines friedlichen Ausgleiches aus.

Indessen kam dies alles erst später in Frage; in jenem Augenblicke übertönte der Eindruck des Ereignisses von Agadir die Abwägung der Gebietsansprüche; es dröhnte mächtig durch Europa, mächtiger, als die deutsche Regierung berechnet hatte. Nicht sowohl in Frankreich, wenn es sich auch bitter beklagte, es stehe diesmal wie 1905 unter Kriegsdrohung; die französische Regierung jedoch schätzte den Ernst der Rundgebung ungefähr so hoch ein wie sie gemeint war. Anders in England; denn es ging den Briten auf die Nerven, daß ein anderes Volk Seegewalt beanspruchte und zur Geltung brachte. Von dort fegte der Sturm herüber, der beinahe auch Frankreich mit sich gerissen hätte. Die

Erlaubung über seine Absichten nicht im unklaren gelassen. Der Streit dauerte fort und Riederlen kam am 17. Februar 1912 im Reichstage noch einmal auf die Sache zurück. Graf Ernst von Reventlow, der selbst zu den Alldeutschen gehörte, stellte sich auf Seite Riederlens und bezeugte („Deutschlands auswärtige Politik 1884—1913“, 4. Aufl. 1916, S. 399), dieser habe ihn vom Anfang an darüber unterrichtet, der Verzicht auf Marokko sei unabweislich. Im gleichen Sinne berichteten andere glaubwürdige Zeugen.

deutsche Regierung hatte absichtlich eine Maßregel vermieden, die wie eine Rüstung an der französischen Landesgrenze aussah, damit der Nachbar nicht erschreckt auffahre und mit Gegenrüstungen antworte. Deshalb wurde die See als militärdiplomatischer Schauplatz gewählt. Aber war es nicht bedenklich, damit die Frage der Seeherrschaft aufzurollen? Eine Frage, die der Führer der Nationalliberalen, Bassermann, nicht viel später im Reichstage aufwarf. Unterdessen fuhr Albion gereizt in die Höhe und trat streitfertig in den Vordergrund.

*

B e g i n n d e r d e u t s c h - f r a n z ö s i s c h e n B e r h a n d l u n g e n

Unmittelbar vorher war zum Glück für den europäischen Frieden in Frankreich wieder ein Ministerwechsel erfolgt, da die Herrlichkeit des Kabinetts Monis — ausschließlich aus Gründen der inneren Politik — schon nach vier Monaten zu Ende ging. Nun hatten die zwei Hauptbahnen der regierenden radikalen Partei gerade ihre Kräfte abgenützt, so daß die Bahn für Josef Caillaux frei wurde, der am 27. Juni die neue Regierung zustande brachte. Ursprünglich hatte sich Caillaux etwas mehr rechts gehalten, er rechnete aber mit der Zeitströmung und empfahl sich der Linken durch das lebhafteste Eintreten für die Einkommensteuer, so daß ihn die Welle emportrug. In der äußeren Politik gehörte er zu den Besonnenen und wirkte aus zwei Gründen für den Frieden. Er sah die Dinge mit dem Auge des geschulten Volkswirtes, weshalb er gerne französisches und deutsches Kapital zusammengespannt hätte; vor allem aber wollte er seinem Lande das Meer von Blut und Tränen ersparen, das sich mit einem großen Kriege notwendigerweise über Europa ergießen mußte. Dieser Gesinnung blieb er auch während des Weltkrieges treu, was seit dessen Ausbruche zu den über Caillaux verhängten unerbittlichen Verfolgungen führte. In seinem Ministerium vertraute er die äußere

Politik dem Polizeipräfekten von Paris, de Selves, an, zeichnete aber in jedem Augenblick die Richtung vor. Es ergab sich aber zum Unheil für Caillaux, daß sein Gehilfe zu den Deutschenhassern des französischen Durchschnittes gehörte und sich nur widerwillig der Politik des Ministerpräsidenten anbequeme.

Dagegen traf es sich gut, daß die Ansichten Caillaux' sich mit denen des französischen Botschafters in Berlin begegneten. Daß sich Jules Cambon mit den Jahren zu einem Träger der Kriegspolitik entwickelt hat, ändert nichts an der Tatsache, daß er 1911 zur Beilegung des Zwistes soviel wie Riederlen-Wächter beitrug. Er war übrigens eine schmiegsame Natur und ging mit Caillaux ebenso wie mit dessen von ganz anderen Gesinnungen beseelten Nachfolger Poincaré. Wie sein Bruder Paul Cambon, der Botschafter in London, war auch er aus dem Beamtenstande hervorgegangen und hatte sich als Präfekt hervorgetan, so daß er 1891 als Generalgouverneur nach Algier kam. Dann trat er in die Diplomatie, wurde 1897 Botschafter in Washington, 1902 in Madrid, endlich 1907 in Berlin. Aber anders als sein Bruder, der zu imponieren und sich aufzuspielen liebte, war Jules Cambon schlicht und gewinnend; wenn er sich ernste Mühe gab, jemanden zu überzeugen, spürte man die Feinheit seines Geistes und seiner Bildung. Als Unterhändler war er unter dem Anschein des Entgegenkommens ebenso berechnend wie zähe, so daß Riederlen ihn schmunzelnd „mit allen Salben gerieben“ nannte. Während der langwierigen Verhandlungen um Marokko kamen sich die zwei Männer näher und jeder lernte die Kraft des anderen schätzen. Nach dem Abschlusse der Frage schickte der Staatssekretär dem Botschafter seine Photographie mit der schmeichelhaften Widmung: „Meinem liebenswürdigen Freunde und schrecklichen Feinde“, worauf der Botschafter auf seinem eigenen Bilde mit den Worten antwortete: „Meinem schrecklichen Freunde und liebenswürdigen Feinde“. Eine Umstellung der Worte, die ihnen, wohl nach der Absicht des Botschafters, einen ironischen Beigeschmack gab¹⁾.

¹⁾ Im Pariser „L'clair“ vom 26. September 1919 wurden Briefe Riederlen-Wächters veröffentlicht, in denen er einer Freundin über seine mit Cambon geführte Unterhandlung

Cambon wartete in Paris die Bildung des neuen Ministeriums ab, besprach mit Caillaux die nach Berlin zu überbringende Mitteilung und nahm am 9. Juli die Besprechungen mit Riederlen wieder auf. Er war mit der Weisung ausgerüstet, den Deutschen auch diesmal nichts anzubieten, sondern nur zu hören, was sie verlangten. Das Gespräch begann mit Vorwürfen Cambons. Er beschwerte sich, daß der Staatssekretär sich in Rissingen von ihm mit der Aufforderung getrennt hatte, von Paris etwas mitzubringen, daß jedoch die deutsche Regierung, ohne seine Rückkehr abzuwarten, den Schlag von Agadir geführt habe. Dadurch sei ihm die Vermittlung erschwert, er selbst vor seiner Regierung bloßgestellt. Daran war viel Wahres, aber der Staatssekretär konnte entgegnen, er habe lange genug gewartet. Und schließlich brachte Cambon aus Paris wieder nichts zurück. Nach diesem Wortgefächte knüpfte das Gespräch wieder dort an, wo es am 22. Juni abgebrochen worden war. Damals war man bis zu der von Deutschland beanspruchten Entschädigung gekommen, und jetzt sagte Riederlen wieder: „Demnach wollt ihr, daß wir auf Marokko verzichten. Es sei, wir stimmen zu. Aber dann gebt uns Kompensationen.“ „Wo?“ fragte der Botschafter. „Am Kongo!“ lautete die Antwort. Dasselbe sagte der deutsche Botschafter Schoen schon am 8. Juli zum französischen Minister des Aeußeren, so daß man nach vielen überflüssigen Umwegen endlich bei der Sache war. Es war ebenso unzweckmäßig gewesen, daß die Franzosen bei ihrem Marsche nach Fez in Berlin erklärt hatten, sie gedächten die Hauptstadt des Sultans bald wieder zu räumen, wie auch, daß die Deutschen mit ihrem eigentlichen Verlangen erst nach Wochen herausrückten. Sie richteten damit Verwirrung an.

In einem spätern Gespräche, am 15. Juli, umschrieb Riederlen den Umfang der deutschen Forderung. Wie wir wissen, war es den Franzosen zwanzig Jahre vorher durch die Umsicht Brazzas gelungen, sich mit ihrer Kongokolonie in die Mitte zwischen das deutsche Kamerun und den belgischen Kongo zu schieben (Band I, Seite 193). Die Deutschen

fortlaufend berichtet. Die Echtheit dieser Briefe, die die „Vossische Zeitung“ vom 2. Oktober 1919 wiedergab, ist zweifelhaft.

waren somit vom Kongostrome abgedrängt. Das war es, was Riederlen bessern wollte. Er verlangte ein Stück der französischen Kongokolonie, und zwar alles, was Kamerun von dem großen Strome trennte. Um die Sache dem anderen Teile schmackhaft zu machen, bot Riederlen den Franzosen außer dem völligen Verzicht auf Marokko auch das Sogogebiet und ein Stück Kameruns am Tschadsee an, den sogenannten Entenschnabel.

Es war offenkundig, worauf die deutsche Regierung abzielte. Gelang es Deutschland, sein Gebiet in Westafrika bis an den Kongostrom zu rücken, so grenzte es an den belgischen Kongostaat, also an einen schwächeren Nachbarn, und hatte weitere Möglichkeiten der Ausdehnung. War doch überhaupt nur in dieser Gegend noch Raum für ein größeres deutsches Kolonialreich, auf dessen Erwerb Riederlen hinarbeitete. Auf der anderen Seite war es den Franzosen nicht leicht, das verlangte Landgebiet herauszugeben. Nicht etwa wegen seines an sich unerheblichen Bodenwertes, sondern wegen seiner geographischen Lage. Wenn sie den Deutschen nämlich in der gewünschten Weise Platz machten, so hatte ihr weites Hinterland keinen anderen Zugang zum Meere als durch deutsche oder belgische Besitzungen. Auf dieses Abgeschnittenwerden vom Meere (*la coupure*) wollten sie sich nicht einlassen.

Das nächste war, daß die französische Regierung in Berlin wissen ließ, so viel könne und werde sie auf keinen Fall zugestehen. Doch wurde die Antwort nicht in schroffer Form erteilt, sondern so, daß zum Feilschen Raum blieb. Beide Teile suchten einen Mittelweg, als plötzlich England dazwischenfuhr und den Schlag von Agadir durch eine drohende Erklärung zurückgab.

*

England führt den Streit.

Rede Lloyd Georges

Bisher spielten sich, dank vor allem der Besonnenheit der französischen Regierung, die Dinge in leidlicher Ruhe ab. Denn England war gleich nach Agadir an Frankreich mit einem bedenklichen Ansinnen herangetreten. Der belgische Gesandte Guillaume meldete aus Paris nach Hause, Grey habe nach dem Erscheinen des „Panther“ dem Ministerium Caillaux vorgeschlagen, jede der zwei Mächte solle sofort zwei Kriegsschiffe nach Agadir senden; dadurch wäre der Eindruck erweckt worden, es sei notwendig, Deutschlands schlimmen Begierden einen Zaum aufzuerlegen. Frankreich habe jedoch lebhaft abgeraten, so daß die gefährliche Drohung unterblieb. Da das Pariser Kabinett nach diesem Berichte den Eifer des Londoner dämpfte, so begnügte sich Grey mit einigen spitzigen Bemerkungen, die er am 4. Juli zum deutschen Botschafter Wolff-Metternich fallen ließ. Er eröffnete ihm, England sei an den Ereignissen in Marokko mitinteressiert und werde kein Abkommen über das Land anerkennen, an dem es nicht teilgenommen habe. Damit sprach England den Wunsch aus, von den beiden festländischen Kabinetten zu den Verhandlungen als dritter zugezogen zu werden.

In Berlin glaubte man die Sache auf sich beruhen lassen zu können, da der Marokkohandel doch Frankreichs Sache wäre und sich mit diesem ruhig sprechen ließ. Indessen brach das Londoner Kabinett unvermutet heftig los. Am 21. Juli machte Grey dem deutschen Botschafter eine peinlich ernste Mitteilung. Zunächst wiederholte er, Britannien müsse vor der Lösung der Marokkofrage gehört werden. Dann folgte eine kalte Sturzwelle nach der anderen. Gerüchte seien im Umlauf, sagte der Staatssekretär, daß eine deutsche Truppe bereits in Agadir gelandet sei, und daß Deutschland die Absicht hege, dort einen Kriegshafen anzulegen. Er müsse aber, bevor dies geschehe, ohne Rück-

halt aussprechen, daß England dies nicht gestatten werde. Auch vernehme er, das Berliner Kabinett habe an Frankreich unannehmbare Forderungen gestellt. Wenn aber die Verhandlungen darüber nicht zum Ziele führen sollten, dann werde die Agadir-Angelegenheit in den Vordergrund treten. Deshalb empfehle es sich, England jetzt schon zu den deutsch-französischen Besprechungen heranzuziehen.

Schon das klang übermäßig unfreundlich, besonders deshalb, weil Biderlen dem französischen Botschafter schon zweimal erklärt hatte und auch in Paris durch Schoen sagen ließ, Deutschland habe nicht die Absicht, auf Marokko zu greifen. Es war doch nicht anzunehmen, daß Grey von seinen französischen Freunden nichts darüber gehört haben sollte. Selbst wenn Deutschland vom Pariser Kabinett ein Stück Marokkos verlangt hätte, wäre dies kein Länderraub gewesen. Es kam aber, soweit England im Spiele war, noch schlimmer. Grey hatte zwischen den Wänden seines Arbeitszimmers gesprochen, so daß sich das Mißverständnis dessen, was in Agadir vor sich ging, durch das Berliner Kabinett leicht aufklären ließ. Da aber erhob die englische Regierung am Abend desselben 21. Juli ihre Vorwürfe auch vor der breiten Öffentlichkeit. Schatzkanzler Lloyd George hielt, nach Verabredung mit Asquith und Grey, bei einem Festmahle eine in Drohungen gegen das Deutsche Reich ausklingende Rede. Zuerst erging sich der Finanzminister im Lobe der Friedensliebe Englands, dann aber stieß er mit folgenden Worten in die Kriegstrompete: „Wenn uns jedoch eine Situation aufgezwungen würde, in der der Friede nur durch das Aufgeben der großen und wohlthätigen Stellung erhalten werden könnte, die England sich in Jahrhunderten von Heroismus und Erfolg erworben hat, und nur dadurch, daß Großbritannien in Fragen, die seine Lebensinteressen berühren, in einer Weise behandelt würde, als ob es im Räte der Nationen gar nicht mitzählte; dann — ich betone es — würde ein Friede um jeden Preis eine Erniedrigung sein, die ein großes Land wie das unserige nicht ertragen könnte.“

Wohl sagte der Schatzkanzler nur etwas Selbstverständliches, indem er feststellte, ein ehrliebendes Volk wie die Briten besäße zwischen

Krieg und Selbsterniedrigung keine Wahl. Wer aber stellte denn England vor dieses Entweder-Oder? Deutlich war auf Deutschland hingewiesen, jedoch mit keinem Worte angedeutet, was dieses eigentlich verbrochen hatte; dennoch wurde ihm ohne Umschweife Krieg in Aussicht gestellt. Eine Herausforderung, wie sie England in demselben Menschenalter bald gegen kleinere, bald gegen größere Staaten hatte ergehen lassen. Portugal bekam 1892, die Türkei 1896, Frankreich 1898, die Buren 1899 eine solche Sprache zu hören. Selbst Deutschland war 1904 ähnlich behandelt worden (Band II, Seite 21 ff). Keine andere europäische Großmacht hatte seit dem russisch-türkischen Kriege von 1877 eine Kriegsdrohung ausgestoßen. Die Staaten des Festlandes müssen mit Worten dieser Art vorsichtig sein, da sie mit den Ellbogen fast aneinander stoßen, sie könnten sonst jeden Augenblick handgemein werden. Drohungen wie die Lloyd Georges erlaubte sich ohne Bedenken immer nur das auf seinen Inseln unnahbare England.

Die Rede des englischen Schatzkanzlers erregte in Frankreich einen wahren Freudentaumel und verschärfte den gegen Deutschland bestehenden Gegensatz. Die Briten waren also die echten, im Gedränge hilfreichen Freunde und wiesen den hochmütigen Deutschen die Zähne; erst jetzt ließ sich die französische Presse zügellos gegen den östlichen Nachbar gehen. Die französische Regierung sprach der englischen den Dank aus und war sehr zufrieden, daß diese den Zorn Deutschlands auf sich zog; um so zäher widersprach sie selbst dem Anspruche auf einen Gegenwert für Marokko. In Deutschland war man bestürzt und überrascht über die Feindseligkeit Englands, die nicht so hoch eingeschätzt worden war. Stieß also jeder Wunsch der Deutschen nach überseeischem Besitze auf den unversöhnlichen Widerstand Englands? Von da an galt weiten Schichten der Nation nicht Frankreich, sondern Albion als der Feind, mit dem man sich früher oder später werde messen müssen. Allgemein erwartete man von der deutschen Regierung eine kräftige Zurückweisung der Drohrede; als das Berliner Kabinett nichts dergartiges hören ließ, ergoß sich die Klage über dessen Zaghastigkeit in breiten Strömen durch die Presse und die politischen Vereine. Nicht,

daß die Regierung den Peitschenhieb nicht fühlte; sie wollte aber die Aufregung nicht vergrößern und holte sich die Genugtuung in mündlicher, vertraulicher Aussprache mit Sir Edward Grey. Das machte sie erst im November bekannt, bis dahin nahm sie den Tadel der aufbrausenden öffentlichen Meinung kaltblütig auf sich.

Es war eine starke Lektion, die das Berliner Kabinett dem Londoner durch den Botschafter Grafen Metternich erteilen ließ. Er erhielt den Auftrag, die Eröffnungen Greys vom 21. Juli und die Rede des Schatzkanzlers gleichzeitig zu beantworten, was am 24. Juli geschah. Der Botschafter hatte folgendes auszurichten: Deutschland habe gleichzeitig mit dem Eintreffen des „Panther“ vor Agadir die englische Regierung wie die anderen beteiligten Staaten wissen lassen, daß es bloß den Schutz seiner Staatsangehörigen und nicht die Erwerbung marokkanischen Gebietes beabsichtige. Das Berliner Kabinett bedauere, daß England den von deutschfeindlicher Seite ausgehenden Ausstreuungen („Insinuationen“) Glauben zu schenken scheine; es seien Wahnvorstellungen („Halluzinationen“), daß Deutschland an die Schaffung eines Kriegshafens auf marokkanischem Boden gedacht habe. Klängen schon diese vom deutschen Botschafter gebrauchten Ausdrücke kräftig, so war die für Lloyd George bestimmte Antwort von kaum zu überbietender Schärfe. Der deutsche Botschafter machte Grey aufmerksam, daß, wenn England Wünsche hege, diese auf dem üblichen Wege von Kabinett zu Kabinett hätten bekanntgegeben werden sollen. Für eine öffentliche, an eine Drohung grenzende Warnung bestünde kein Anlaß; die Rede Lloyd Georges sei aber eine Provokation. Der Kernsatz der im Namen Deutschlands abgegebenen Erklärung lautete: „Sollte die englische Regierung die Absicht haben, die politische Lage zu verwickeln und zu verwirren und einer gewaltsamen Entladung entgegenzuführen, so hätte sie allerdings kein besseres Mittel wählen können als die Rede des Schatzkanzlers.“

Diese Worte trafen glücklich den hochmütigen Ton, den die Engländer gegen einen Schwächeren anzuschlagen liebten und der ihnen wieder am ehesten Eindruck macht, wenn er von einer starken Regierung

ausgeht. Demgemäß beantwortete Grey die Erklärung Deutschlands, die er selbst etwas später im Parlament „außerordentlich steif im Ton“ nannte, auffallend sanft. Er erklärte sich davon befriedigt, daß Deutschland jetzt endlich ausdrücklich auf die Festsetzung in Marokko verzichte, und daß, so behauptete er fortan immer wieder, betrachte er als den von ihm angestrebten Erfolg. In bezug auf die Abkänzelung des englischen Finanzministers beschränkte er sich auf eine wohlabgewogene Verteidigung des Amtsgenossen. Somit war Deutschland zweckmäßig vorgegangen. Das zeigte sich erst recht deutlich in dem glatten Verlaufe einer zweiten, drei Tage später erfolgenden Aussprache Greys mit Wolff-Metternich. Aus zwei Gründen zog die englische Regierung die Krallen ein. Zunächst zeigte es sich, daß einige Minister, die vor der Rede des Schatzkanzlers nichts von dessen Absicht gewußt hatten, mit ihr nicht einverstanden waren; auch viele liberale Abgeordnete fanden sie zu heftig. Ebenso wichtig oder noch wichtiger war, daß die französische Regierung, so warm sie auch für die gewährte Unterstützung dankte, eine der von Grey gestellten Forderungen nicht unterstützte.

Der Staatssekretär hatte am 4. und am 21. Juli von Wolff-Metternich verlangt, England solle zu der deutsch-französischen Verhandlung mit herangezogen werden. Die französische Regierung ließ aber in London sagen, daß sie es für ersprießlicher halte, allein mit der deutschen Regierung zu unterhandeln; sie bäte, England möge nicht auf der Teilnahme beharren. Damit war der von Grey an Deutschland gestellten groben Forderung die Spitze abgebrochen. Auf diese Art wurde das englische Kabinett von Berlin wie von Paris aus zur Mäßigung gemahnt, selbstverständlich in ganz verschiedenem Tone. Darauf ist die von Asquith am 27. Juli im Parlamente abgegebene Erklärung zurückzuführen, die ein Doppeltes ankündigte: es sei auch England erwünscht, wenn sich für Deutschland außerhalb Marokkos eine Entschädigung fände, und dann, daß Großbritannien keinen Anspruch erhebe, den französisch-deutschen Verhandlungen als dritter zugezogen zu werden. Da das Londoner Kabinett sich die Methode Frankreichs sowohl in der Sache wie in der Form zu eigen machte, löste sich die bedrohliche Spannung;

freilich nur, um sich zwei Wochen später in der früheren Schärfe wieder einzustellen.

Grey gab etwas später in der am 27. November vor dem Parlamente gehaltenen großen Rede eine rechtfertigende Darstellung der englischen Politik, die von seinen Freunden bis heute als vollberechtigt angesehen wird. Er habe, so sagte er, dem deutschen Botschafter am 4. Juli deutlich gesagt, daß Britannien eine Festsetzung Deutschlands in Marokko nicht gestatten werde und erwartete darüber eine bestimmte Erklärung. Diese kam aber nicht, deshalb wäre es notwendig gewesen, die Warnung nachdrücklicher zu wiederholen, was am 21. Juli durch ihn selbst und durch Lloyd George geschah. Als sich Wolff-Metternich darauf am 24. Juli einstellte und, wenn auch schroff in der Form, den Verzicht Deutschlands aussprach, wäre er beruhigt gewesen und habe die Sache ohne weiteres fallen lassen.

Das wichtigste an dieser Darstellung war, daß Grey es als Kriegsfall bezeichnete, wenn die Deutschen einen oder den anderen Hafen Marokkos besetzen sollten, daß er weiter verlangte, sie müßten nicht bloß den Franzosen, als den Anwärtern auf das Reich des Scherifen, sondern auch vor dem englischen Richterstuhl den Verzicht aussprechen. Dies hat den Beifall der englischen Imperialisten beider Parteien gefunden, sehr nachdrücklich aber war der Widerspruch der linksstehenden Liberalen; denn nicht alle Engländer waren der Ansicht, Britannien dürfe Krieg oder Frieden diktieren, je nachdem es seinen Machthabern zum angeblichen Schutze seiner Seeherrschaft beliebe. Darauf erwiderten die Imperialisten, das Erscheinen eines deutschen Kriegsschiffes vor Agadir sei eine Herausforderung Englands gewesen, die es durch die Rede des Schatzkanzlers beantworten mußte¹⁾. Ähnlich stellte im August

¹⁾ So auch G. Murray, „The foreign policy of Sir Edward Grey“, der der deutschen Regierung fälschlich vorwirft (Seite 74), sie habe plötzlich angekündigt, daß alle über Marokko geschlossenen Verträge ungültig seien. Bezeichnend ist, daß Murray über die von Wolff-Metternich überbrachte Botschaft kurz hinweggeht, offenbar weil sie seinem Helden Grey unangenehm war. Kurios ist seine Behauptung, das kräftige Auftreten Englands habe Deutschland zur Besinnung gebracht, so daß der Einfluß der Alldeutschen zurückgedrängt wurde. Gegen Murrays Auffassungen schrieb Bertrand Russell die Schrift: „The

1911 auch der englische Botschafter in Wien die Verhältnisse dar: England bedauere nicht nur, sondern verurteile das Vorgehen der deutschen Regierung in der Marokkofrage; nicht Frankreich, sondern das friedensstörende Deutschland müsse zur Ruhe gemahnt werden; hinter der äußeren Politik des Berliner Kabinetts stehe nicht das deutsche Volk, in Berlin regiere vielmehr ein Klüngel wie 1870 in den Tuileries. Durch einen Vertrauensmißbrauch kam das von Cartwright in diesem Sinne geführte Gespräch in die Öffentlichkeit. Es brachte denjenigen, die ihn kannten, nichts Neues; denn er gab sich in Wien zwar als Freund Österreich-Ungarns, warb aber mit scharfen Ausfällen auf Deutschland für die Loslösung der habsburgischen Monarchie von ihrem Bundesgenossen. Es war aber Grey doch unangenehm, daß bekannt wurde, wie der Botschafter seine Politik auslegte; um so mehr, als dessen Erklärungen die Ansichten der englischen Regierung gut wiedergaben ¹⁾.

*

Kriegsstimmung. Die Rüstungen Englands

Die nächste Folge der Rede Lloyd Georges war, daß sich die deutsch-französischen Unterhandlungen versteiften. Das Ministerium Caillaux ließ sich zwar nicht zu einer Unbesonnenheit fortreißen, fühlte sich aber in seinem zähen Beharren bestärkt. Es gab in keinem Punkte nach, so daß der deutschen Regierung die Hoffnung schwand, wertvolle Bausteine für ihr innerafrikanisches Reich zu erwerben. Dies drückte Kiderlen

policy of the Entente 1904—1914. A Reply to Professor Gilbert Murray", London 1915, die die Rede Lloyd Georges gut kennzeichnet. Er sei herausfordernd und kriegsdrohend gewesen, das richtige Gegenstück zu der Sendung des „Panther“ nach Agadir.

¹⁾ Das Gespräch wurde mit dem Wiener Schriftsteller Siegmund Münz geführt, der aber an der Form der Veröffentlichung in der „Neuen Freien Presse“ vom 24. August 1911 unschuldig war. Als sich die deutsche Regierung in London über Cartwright beschwerte, erklärte Grey am 7. Dezember 1911, der Botschafter habe die Veröffentlichung nicht veranlaßt. So war es auch; aber weder Grey noch Cartwright stellten in Abrede, daß die Äußerungen des letzteren richtig wiedergegeben waren.

nieder, der, ohnedies leidend, bei der einfallenden Sonnenhitze der Erholung bedurfte. Am 17. August trat in den Verhandlungen eine Pause ein, Riederlen ging nach der Schweiz, von wo er nach Chamonix, also auf französischen Boden, einen Ausflug machte; Cambon wieder reiste nach Paris, um sich neue Weisungen zu holen.

Die Zeit während des Stockens der Unterhandlungen war die böseste des Krisenjahres, da man sich auf einen Bruch gefaßt machte; die Stimmung in Europa war fieberhaft erregt. Die Franzosen beschwerten sich immer heftiger über das Verbleiben des deutschen Kriegsschiffes vor Agadir und warfen Deutschland vor, es beschwöre alle drei Jahre den Streit um Marokko herauf. Die Vergeltungspolitik fand jenseits der Vogesen immer mehr Anklang, die Klage um Elsaß-Lothringen ertönte in der schärfsten Tonart, so in einer Rede des Historikers Lavisse am 16. August. Der Geldmarkt spiegelte die Sorge um den Frieden wider, die Kurse sanken. In Deutschland zogen viele Einleger ihre Kapitalien aus den Banken, die bedeutende Summen bereit halten mußten, um einem verstärkten Andrang auf ihre Kassen standhalten zu können.

Die Sturmzeichen mehrten sich noch. Im August reiste der englische General French mit vier Offizieren nach Frankreich, nahm an den Manövern teil und besichtigte — wie vor einem Bundeskriege — die Festungen und die Lager an der Nord- wie an der Ostgrenze der Republik. Der militärische Berichterstatter der „Times“, Oberst Kepington, legte dar, die Manöver in Frankreich hätten bewiesen, daß dessen Truppen in wesentlichen Eigenschaften die deutschen überträfen; ein Lob, das den Franzosen Lust machen konnte, es auf eine Probe ihrer Überlegenheit ankommen zu lassen. Das waren aber nur erst die für die Außenwelt berechneten Kundgebungen. Dann aber meldete der „Daily Chronicle“ am 16. September, die englische Flotte werde auf Kriegsfuß gesetzt; den Seeoffizieren werde kein Urlaub mehr gewährt, die beurlaubten unter ihnen erhielten in großer Zahl ihre Einberufung. Vergebens also hatte Deutschland ausdrücklich auf Marokko verzichtet; es mußte sich auf einen Schlag von England her gefaßt machen.

Von weiteren Zeugnissen für die Flottenrüstung Englands seien bloß zwei angeführt. Das eine rührt von dem Vertreter der serbischen Regierung her, der einige Wochen später nach Belgrad meldete¹⁾: „Von den Maßnahmen mußten einige ihrer Natur nach zur Kenntnis der breiten Öffentlichkeit gelangen, aber es gab auch streng geheime Vorkehrungen, die mir nachträglich von verschiedenen Freunden (Offizieren) mitgeteilt worden sind. Unter den ersteren will ich als Faktum erwähnen, daß alles für die Mobilisierung der Flotte Erforderliche vorgesehen war; die Effektivbestände der Kriegsschiffe wurden ergänzt, die auf Urlaub befindlichen Offiziere zurückberufen, und was besonders auffiel, es wurde eine ungeheure Menge Kohle bestellt (zu einem zu 25 Prozent höheren Preis als normal) und mit Spezialzügen in die Depots der Nordflotte in die östlichen Häfen Schottlands gebracht. Unter den geheimen Maßnahmen sind die wichtigsten die Vorbereitungen, die für den möglichst raschen Transport von 40 000 Soldaten nach Frankreich getroffen wurden. Charakteristisch ist, daß hierfür irische Regimenter unverzüglich bestimmt waren, welche in vollkommener Bereitschaft die Order zur Einschiffung in besonders bestimmte Transportschiffe erwarteten. Der Bestimmungsort dieser Leute war Boulogne, wo ebenfalls die nötigen Vorkehrungen für ihre Weiterbeförderung bis Amiens erfolgt waren.“

Dies alles wurde noch im Herbst 1911 auch in England bekannt, und zwar durch eine Rede des britischen Parlamentsmitgliedes Hauptmann Faber vom 19. November, die merkwürdige Dinge enthielt. Er berichtete, daß Vorbereitungen im Zuge waren, 170 000 Mann über den Kanal zu bringen. Alles sei zum Auslaufen der Flotte bereit gewesen, man habe aber, wie es scheint, nicht losgeschlagen, weil sich Mängel in der Mobilisierung zeigten und weil die großen Ausstände in den Bergwerken den Ankauf von Kohle erschwerten. Aber schon durchsuchten, so erzählte Faber weiter, britische Torpedoboote die Nordsee und verfolgten unbemerkt die Fahrten der deutschen Kriegs-

¹⁾ Die österreichisch-ungarische Regierung fand diesen Bericht zu Belgrad im Archiv des serbischen Ministeriums und übergab ihn am 7. September 1917 der Öffentlichkeit.

schiffe und Geschwader. Von der Admiralität seien Befehle an Schiffe und Schiffsverbände ergangen, sich auf die für den Kriegsfall vorgeschriebenen Stationen zu begeben.

Grey versicherte später, England wäre bloß zur Abwehr eines etwaigen Überfalles der Deutschen auf Frankreich gerüstet gewesen. Merkwürdig aber war, daß eben dieses bedrohte Frankreich alles unterließ, was als Furcht vor einer Überschwemmung durch deutsche Truppen gedeutet werden konnte. In der bereits erwähnten Rede Greys vom 27. November 1911 äußerte er sich geringschätzig über die Enthüllungen Fabers und bezeichnete sie als politischen Alkoholismus. Indessen bestritt Grey, wie der belgische Gesandte Greindl am 6. Dezember 1911 schrieb, nicht die Genauigkeit des Berichtes Fabers, was er gewiß nicht unterlassen hätte, wenn es möglich gewesen wäre, „sondern er vermochte mit einem Witzwort über die Verlegenheit hinwegzukommen“. Auch hatte die englische Regierung schon deshalb allen Grund zum Leugnen, weil Faber die mangelhafte Bereitschaft der Flotte und die Unmöglichkeit einer Mobilmachung ausgeschwaht hatte. Das war gewiß übertrieben; daß die Regierung aber mit der Leitung der Admiralität unzufrieden war, erhellt daraus, daß Mac Kenna im Oktober zurücktreten mußte und dem bisherigen Handelsminister Churchill Platz machte, dessen Ehrgeiz und Tatkraft Besseres hoffen ließ.

Wohl hegte die englische Regierung nicht die Absicht eines Überfalles auf Deutschland; ihr lag aber daran, die französische Regierung von nennenswerten Zugeständnissen abzuhalten; nicht gerade aus Haß gegen Deutschland, wenn dieser Beweggrund auch bei vielen Regierungsmännern mitspielte, und nicht weil sie ernste Befürchtungen für Gibraltar hegte, das von einem marokkanischen Kriegshafen aus hätte bedroht werden können¹⁾.

¹⁾ Das bezeichnete der englische Kolonialpolitiker H. H. Johnston in einem Artikel der Zeitschrift „The new Statesman“, 1915, als maßgebend. Unmöglich, so legte er dar, konnte Britannien die Deutschen in Marokko Wurzel fassen lassen, da sie von da aus Nordwestafrika unterworfen, die Einfahrt ins Mitteländische Meer beherrscht und Gibraltar bedroht hätten. Man müsse nur einen Blick auf die Landkarte werfen, um zu erkennen, daß es noch mehr im Interesse Englands als Frankreichs lag, Deutschland von Marokko fernzuhalten.

Die entscheidende Triebfeder war, daß England die vollständige Ausöhnung der zwei Festlandsmächte verhindern wollte, die für seine maritime Größe, für seine Seeherrschaft, eine schwere Gefahr bedeutet hätte. Konnten die Grenzstreitigkeiten der Völker des Kontinents jemals geschlichtet werden, so wäre es mit „Britannia rules the waves“ zu Ende gewesen. Es war bedenklich, daß in Frankreich ein Mann am Ruder war, der die Versöhnung mit Deutschland ernsthaft betrieb. Deshalb mußte den Franzosen gezeigt werden, daß sie es nicht nötig hätten, den Deutschen irgendwelches Opfer zu bringen. Ähnlich wird England immer handeln und Greys Politik entsprach vollständig dem von ihm klar erkannten britischen Interesse. Das war auch die Ansicht des belgischen Gesandten Guillaume in Paris, der England als Hindernis des Weltfriedens bezeichnete, Deutsche und Franzosen dagegen versöhnlich fand. Er sagte über Deutschland: „Ich habe sehr großes Vertrauen zu der Friedfertigkeit Kaiser Wilhelms, trotz gewissen Übertreibungen in seinem Auftreten, die nicht selten sind.“ Strenge dagegen urteilt Guillaume über England: „Geringeres Vertrauen hege ich zu den Friedenswünschen Großbritanniens, das nicht unglücklich ist, wenn sich die anderen gegenseitig verschlingen... Wie ich seit dem ersten Tage annahm, liegt der Schwerpunkt der Lage in London. Nur dort kann sie ernst werden. Die Franzosen werden in allen Punkten nachgeben, um den Frieden zu bewahren. Nicht so die Engländer, die über gewisse Grundsätze und Ansprüche keinen Vergleich eingehen werden.“

Zu den Vorbereitungen Englands gehörte auch, daß es auf dem Höhepunkte der Marokkokrise eine Landung in Belgien ins Auge faßte. Es wollte nicht etwa ein Gesuch Belgiens um Hilfe gegen Deutschland abwarten, sondern aus eigenem Ermessen zugreifen. Das wurde der belgischen Regierung kurz darauf vom britischen Militärbevollmächtigten Bridges trocken bekanntgegeben¹⁾. Einer Landung englischer Truppen

¹⁾ Nach einem amtlichen belgischen Berichte sagte Oberst Bridges zu dem belgischen General Jungbluth: Die englische Regierung hätte während der letzten Ereignisse unmittelbar eine Landung in Belgien vorgenommen, selbst wenn dieses keine Hilfe verlangt hätte. Der General wandte ein, daß dazu Belgiens Zustimmung notwendig sei. Der Militärattaché antwortete, daß er das wisse, aber da die Belgier nicht in der Lage seien, die Deutschen

in Antwerpen stand aber im Wege, daß sich die Scheldemündung im Besitze Hollands befindet; dieses aber hatte, um sich gegen einen Gewaltstreik zu schützen, Anfang 1911 die Verstärkung der Forts von Blissingen angeordnet. Darauf fiel die englische Presse über Holland her und behauptete, das sei ein Anschlag auf die Neutralität der Schelde; die Kabinette von London und Paris erhoben im Haag gegen die Erbauung der Seeforts Einspruch. Holland ließ sich jedoch, wenn auch höflich antwortend, nicht einschüchtern und hielt die Scheldemündung in fester Hand. So werden schon 1911 die Linien sichtbar, auf denen sich die Mächte drei Jahre später zum Kampfe stellten.

War Grey einer Gewalttat abhold, so dachten die aus härterem Holze geschnitzten Führer der britischen Flotte anders; sie werden damals wieder auf einen unermuteten Vorstoß gegen die deutschen Kriegshäfen gedrungen haben. Was Sir John Fisher schon 1905 und 1908 für nötig hielt, war gewiß auch 1911 der leitende Gedanke der Männer der Admiralität. Ob und wie weit Marineminister Winston Churchill ihnen beipflichtete, ist unbekannt und ebenso, ob die Maßregeln zur Mobilmachung der Flotte von ihm auf eigene Verantwortung oder, was wahrscheinlicher ist, nach Abrede mit Asquith und Grey befohlen wurden. Hätte damals nicht Caillaux, sondern Poincaré oder Delcassé das Steuerruder geführt, so wäre das Abkommen über Marokko nicht zustande gekommen. Ohne Zweifel wird sich, sobald das britische Staatsarchiv gesprochen hat, aus den Akten ergeben, daß die englische Regierung zunächst darauf ausging, den Ausgleich auf dem Kontinente zu vereiteln, und daß sie erst einlenkte, als sie in Paris keine Gegenliebe fand. Bei der Grey eigenen Kaltblütigkeit ging er nur so weit, um noch umkehren zu können und um sich den Vorwurf des linken Flügels seiner Partei zu ersparen.

abzuhalten, durch ihr Land zu marschieren, so hätte England seine Truppen in Belgien auf jeden Fall gelandet. („Belgische Aktenstücke“, veröffentlicht von der deutschen Regierung, Berlin 1915.)

*

Deutsch-französische Einigung vom 4. November 1911

Das war der düstere Hintergrund, auf dem sich die deutsch-französi-
schen Endverhandlungen abspielten. Da brach aber von Osten her durch
das Gewölk ein Strahl von solcher Stärke, daß die Schatten doch ver-
schwanden. Wie wir wissen, hatte das Berliner Kabinett schon 1910 mit
Rußland angeknüpft, um ein Abkommen über den nahen und den mitt-
leren Orient zu vereinbaren; ein Jahr lang dauerte es, bis man ins
reine kam; zuletzt einigten sich die zwei Mächte am 19. August 1911
über Persien sowohl wie über die vorderasiatischen Eisenbahnen. Das
war ein schöner Erfolg der Diplomatie Riederlens und das Ereignis
um so willkommener, als es in die Zeit der englischen Seerüstungen fiel.
Britannien ließ sich zwar durch die Vereinbarung nicht weiter beein-
flussen, Frankreich jedoch, das für sich allein den Deutschen zu Lande
nicht gewachsen war, mußte sich hüten, die Dinge auf die Spitze zu
treiben. Das Pariser Kabinett war von dem Petersburger ohne Zweifel
über den Verlauf der Verhandlungen und auch davon in Kenntnis ge-
setzt worden, daß der Zar in einen Krieg mit Deutschland nicht hinein-
gezogen werden wollte. Darauf wies auch die vielbemerkte Mäßigung der
Sprache der russischen Presse hin. Und während Rußland von Frank-
reich ein wenig abrückte, schlug auf der anderen Seite das Wiener Ka-
binett dem Berliner gegenüber einen unangenehm kühlen Ton an. Mehr-
mals betonten die halbamtlichen Wiener und Budapester Zeitungen,
der Marokkostreit gehe Österreich-Ungarn nichts an. Aehrenthal zeigte
dem deutschen Botschafter Schirschy, mit dem er überhaupt per-
sönlich nicht gut stand, eine üble Laune, die nach den großen, ihm im
bosnischen Streit erwiesenen Diensten Deutschlands unverständlich war.
Vielleicht war dies auf die schwere Krankheit zurückzuführen, die ihn

einige Monate später aufs Totenbett streckte; oder der reizbar stolze Mann wollte den Deutschen zeigen, daß sie seine Hilfe benötigten, daß er sich gegebenenfalls auf Undankbarkeit ebensogut verstünde wie weiland Fürst Felix Schwarzenberg. Genug, auf der einen Seite kühlte der österreichisch-ungarische Minister, auf der anderen die Regierung des Zaren die Hitze der streitenden Seile, die übrigens beide einen mageren Ausgleich dem Weltkriege vorzogen.

Die Haltung Rußlands bestärkte Caillaux in dem Vorsatze, eine Vereinbarung mit Deutschland zu treffen. Nicht Billigkeit gerade brachte ihn zu der von ihm gelegentlich geäußerten Ansicht, daß Deutschland schließlich doch nicht von der Teilung der Welt ausgeschlossen werden könne; eher wollte er seinem Lande die gefährliche Wucht des deutschen Unwillens ersparen. Deshalb eröffnete er mit Berlin eine Unterhandlung, die er so geheim betrieb, daß selbst der Minister des Außeren, de Selves, und Jules Cambon nichts erfuhren. Er benützte als Vermittler den Direktor einer französischen Schiffahrtsgesellschaft am Kongo, Fondère, einen Kenner der innerafrikanischen Angelegenheiten. Durch ihn ließ er zuerst mit der deutschen Botschaft in Paris anknüpfen, dann reiste Fondère nach Berlin mit einem Angebote, das über die zuletzt durch Cambon in Aussicht gestellten Zugeständnisse hinausging. Wiewohl eine Einigung auch jetzt nicht erzielt wurde, kam man sich doch wieder etwas näher¹⁾.

Gleichzeitig wurden in Paris amtliche Beratungen über die Angelegenheit gepflogen. An ihnen nahmen außer Caillaux und dem Minister des Außeren auch die drei Botschafter, Barrère, Paul und Jules Cambon teil. Schon damals ergaben sich Meinungsverschiedenheiten zwischen Caillaux und de Selves. Der letztere, von Barrère unterstützt, erklärte sich gegen weitere Zugeständnisse an Deutschland, da man des Beistandes Großbritanniens sicher sei. Caillaux aber setzte seinen Willen durch und Cambon erhielt, nach Berlin zurückkehrend, entgegen-

¹⁾ Diese geheimen Unterhandlungen sind auf Grund der Aufzeichnungen Fondères und mit Zustimmung Caillaux' ausführlich dargestellt bei M e r m e i r (Pseudonym für Gabriel Terrail), „Chronique de l'an 1911“, Paris 1912, S. 204—289.

kommende Aufträge. Die Zugeständnisse bewegten sich im Rahmen des von Fondère gemachten Angebotes¹⁾.

Im September trat Cambon mit Riederlen aufs neue zusammen. Der Botschafter legte folgendes dar: Es sei Frankreich schlechterdings unmöglich, das ganze Gebiet zwischen dem Kongostrom, Kamerun und dem Meere abzutreten. Am allerwenigsten könne die Meeresküste des französischen Kongo ganz dahingegeben werden, bloß ein schmaler Streifen an der Mündung des Kongo. Freigebiger war die französische Regierung mit Landstrichen im Binnenland; sie gab grundsätzlich zu, daß die Kolonie Deutsch-Kamerun sich bis an Belgisch-Kongo ausdehne. Nun legte Riederlen eben darauf den größten Wert, immer im Hinblick auf sein großes innerafrikanisches Projekt. De Selves und Barrère hatten dies nicht zugeben wollen, aber Caillaux ließ sich doch dazu herbei; natürlich unter der Bedingung, daß Deutschland auf Marokko gänzlich verzichte.

Damit war endlich eine Grundlage des Ausgleiches gewonnen. Indessen gab es noch ein zähes, sechs Wochen dauerndes Feilschen um jeden Paragraphen, jedes Sätzchen, jeden Beistrich des Vertrages, dem die große Öffentlichkeit mit peinlicher Erregung folgte. Das nächste war, daß Riederlen erklärte, von der Abtretung der Kolonie Togo könne nicht mehr die Rede sein, da Deutschland am Kongo, zumal an der Küste, nicht das von ihm Verlangte erhalten solle. Dann ging man in die Einzelheiten ein, wobei mit Marokko begonnen wurde. Am 14. Oktober einigte man sich über dieses Land in der Art, daß der Republik in politischer Richtung freie Hand gelassen wurde, während in wirtschaftlichen Dingen Deutschland das gleiche Recht genießen sollte wie alle anderen Nationen. Hierauf kam der Kongo an die Reihe. Die Schwierigkeit bestand, wie gesagt, darin, daß Deutschland von Kamerun aus den Kongo

¹⁾ Der Verlauf der in Paris gepflogenen Beratungen ist, offenbar nach Mitteilungen de Selves', geschildert in dem Buche von Pierre Albin „Le coup d'Agadir“, Paris 1912, S. 240ff. Diese Arbeit belehrt über die Ereignisse von 1911 am besten. Die unserer Darstellung zugrunde liegenden Bücher von Tardieu, Mermeix und Albin, sämtlich 1912 erschienen, geben sich Mühe, sachlich zu sein und sind gute Beiträge zur Geschichte der Marokkokrise.

in breiter Front erreichen, Frankreich dagegen seine Kongokolonie nicht vom Meere abschneiden lassen wollte. Nach langem Ringen und Feilschen kam man auch hier zum Schlusse. Deutschland begnügte sich mit einem Zugeständnisse eigentlich nur formeller Art: es sollte sich fortan mit zwei schmalen Spizen, jede nur einige Kilometer, bis an den Kongo und seinen Nebenfluß Ubanghi ausdehnen; dieser Gebietsfinger, mehr war es nicht, war das, was Riederlen für seinen Lieblingsgedanken heimbrachte. Die Franzosen aber behaupteten, sie seien unerhört nachgiebig, denn sie geständen die Trennung des französischen Hinterlandes vom französisch bleibenden Meere zu. Sie blieben aber fest, als Riederlen die Abtretung des Vorkaufsrechtes auf Belgisch-Kongo von ihnen verlangte. Schließlich war man zu Ende und der Vertrag konnte am 4. November 1911 unterzeichnet werden.

Was Marokko allein betraf, so hatte Frankreich allen Grund zur Zufriedenheit. Es errang nach siebenjährigem Streite die Herrschaft über das Land und damit die Gebietsvereinigung Algeriens mit dem weiten Reiche, das von Senegambien bis Agypten der Republik gehörte. Die Nation war stolz darauf, Deutschland diplomatisch aus dem Felde geschlagen zu haben.

Das den Deutschen am Kongo abgetretene Gebiet war nicht unansehnlich. Der von ihnen aufgegebene „Entenschnabel“ (Erschaden) war nur 12000 Quadratkilometer groß, während die neuerworbenen Landstriche 27500 Quadratkilometer umfaßten. Aber der neue Besitz war zum größten Teil Sumpfland, in vielen Gegenden herrschte die Schlafkrankheit. Lästig waren auch die Wegerechte, die den Franzosen eingeräumt waren, damit sie von deren Küste in das Innere gelangen könnten. Immerhin erhielt die Kamerunkolonie zu ihren 493000 Quadratkilometern einen ansehnlichen Zuwachs. Im ganzen jedoch war das Geschäft nicht gerade glänzend; der deutsche Kolonialsekretär Lindequist hielt es für so ungünstig, daß er den Vertrag nicht vor dem Reichstag vertreten wollte und lieber vom Amte zurücktrat. Dies war der Ausgang des Marokkohandels, der seit 1905 Europa in Atem gehalten hatte.

Trotzdem waren der Kaiser, der Kanzler und die Parteien der Linken von der Beilegung des Zwistes befriedigt, da Deutschland endlich den marokkanischen Mühlstein vom Halse hatte, den es sich 1905 auflud. Seit Jahren war es allgemeine Überzeugung, Bülow und Holstein hätten fehlgegriffen, als sie den Kampf um die Unabhängigkeit Marokkos aufnahmen. Alles wäre besser gewesen als dieses Programm; sowohl ein Abkommen mit Frankreich über die Aufteilung des Landes als auch dessen vollständige Überlassung an die Republik. Schon Bülow hatte versucht, sich aus dem Handel zu ziehen und deshalb mit Frankreich den Vertrag vom 9. Februar 1909 geschlossen, jetzt wurde die Sache endlich bereinigt, aber mit einem Fehlbetrage an Weltgeltung Deutschlands.

Daher die erbitterte Gegnerschaft der Alldeutschen wie überhaupt der Rechten des Reichstages gegen die Politik Bethmanns und Riederlens. Die Opposition zielte aber noch höher, gegen den Kaiser selbst; wäre Deutschland nur mit größerer Schärfe vorgegangen und hätte es aufß Schwert geschlagen, so würde Westmarokko die Beute gewesen sein. Wieder ertönte der Vorwurf, Wilhelm II. habe zu laut seine Friedensliebe verkündet und dadurch Frankreich zur Unnachgiebigkeit ermuntert. Diesmal war der Vorwurf grundlos. Der Kaiser hatte seine Minister gewähren lassen; es gereicht ihm aber zur Ehre, daß es sein dringender Wunsch war, die Nation nicht wegen eines Fehens marokkanischen Bodens oder südafrikanischen Sumpflandes in den Krieg zu führen. Das deutsche Volk hatte den bestimmten Eindruck des ehrlichen Friedenswillens des Kaisers und in dieser Überzeugung folgte es ihm vertrauensvoll in den Kampf, als der Kaiser ihn 1914 für unvermeidlich erklärte.

In dieser Krise trat etwas Neues in Erscheinung und das war das Anschwellen der Opposition gegen die äußere Politik der Regierung. Der Alldeutsche Verband stand nicht mehr allein wie 1905, seine Ziele und seine Taktik hatten den Beifall der Konservativen und eines großen Teiles der Nationalliberalen. Deutlicher wird die Sache, wenn man an die Stelle der Namen aller Fraktionen die hinter ihnen stehenden

sozialen Schichten setzt. Die Junker und die Offiziere dort, die Schwerindustrie hier forderten eine größere Kraftentfaltung des Reiches, dem sie die Macht zuschrieben, sich auch in einem großen Kriege gegen seine Feinde zu behaupten. Das war der Gegenpol zu der Erscheinung des britischen Imperialismus. Der Unterschied war aber der, daß in England die Imperialisten an der Regierung waren, während sich die alldeutsch genannten Elemente in Opposition gegen den Kaiser und gegen dessen verantwortliche Ratgeber befanden. Riberlen-Wächter wurde vom Alldeutschen Verband des Wortbruches und einer an Verrat grenzenden Schwäche beschuldigt; Bethmann Hollwegs besonnener Ernst ward, indem man den fünften deutschen Reichskanzler mit dem ersten verglich, als unpraktische Weltfremdheit belächelt. Nur von den Mittelparteien, dem Zentrum und dem Fortschritt, also von den wahren bürgerlichen Elementen, wurden die Beweggründe der Regierung nach Gebühr gewürdigt, die unter dem Kreuzfeuer der nie zu befriedigenden Sozialisten und der noch anspruchsvolleren Junker stand.

Die Verbitterung der nationalistischen Parteien stieg noch, als die englische Regierung im Sommer 1911 an den Nerven der deutschen Nation zerrte. Der Führer der Konservativen, Heydebrand, der Mann nach dem Herzen des Offiziersadels, schlug gegen Britannien Töne an, die bei der Besprechung der Beziehungen zum Auslande im Deutschen Reiche kaum je gehört worden waren. Es war der doppelte und dreifache Widerhall dessen, was jenseits des Kanals herüberschlug. Er hielt am 29. Oktober 1911 in Breslau eine Rede, in der er den Niedergang des Ansehens Deutschlands beklagte und von der „grandiosen Underschämtheit“ des englischen Ministeriums sprach. Selbst das liberale Kabinett, das für wenig kriegerisch gelte, halte dem Deutschen Reiche die Faust unter die Nase, was für ein Volk bitter hart sei, das den Krieg von 1870 hinter sich habe. Womöglich noch schärfer sprach Heydebrand, als am 9. November im Reichstage der Vertrag mit Frankreich zur Beratung stand. Er verteilte die Hiebe gleichzeitig auf die deutsche Regierung, deren Schwäche das Übel herbeigeführt hätte, und auf die von ihm hart hergenommenen Westmächte. Der Friede werde nicht durch die Nachgie-

bigkeiten der Regierung erhalten, sondern durch die Furcht der Franzosen vor dem guten deutschen Schwerte, daß, wie die Franzosen wissen, nicht immer rosten werde. Auf die Drohungen Lloyd Georges werde das deutsche Volk, wenn die Stunde komme, noch die Antwort zu geben wissen. Während er so sprach, befand sich Kronprinz Friedrich Wilhelm unter den Zuhörern und befundete durch Miene und Bewegungen, daß er mit Heydebrand übereinstimme. Von diesem Tage an wurde der Kronprinz den Alldeutschen gezählt, und man nahm an, er könne den Tag nicht erwarten, um jene Drohungen zur Tat zu machen. Noch am selben Abend ließ der Kaiser den Kanzler zugleich mit dem Kronprinzen zu sich berufen und beauftragte den Kanzler, seinem Sohne die Gründe für die von der Regierung befolgte Politik auseinanderzusetzen. Es war ein förmliches Kolleg, das der junge Herr über sich ergehen lassen mußte. „So entschieden und markant billigte der Kaiser“, damit schließt Bethmann Hollweg den Bericht über den Vorgang, „eine auf Ebbing der Weltgegensätze gerichtete Politik“¹⁾.

Vor dem Reichstage verteidigte Bethmann Hollweg seine Politik mit der ihm eigenen Sachlichkeit, wobei er die Mängel des Vertrages ruhig zugestand. Die Selbständigkeit des Sultans von Marokko sei eine Fiktion, die nicht länger haltbar sei, die seit der Algecirasakte in der Sache und moralisch unbefriedigend gewesen sei, so daß es sich empfahl, sich mit Frankreich zu vertragen. Herrn von Heydebrand aber erwiderte er nachdrücklich und betonte, der Starke brauche sein Schwert nicht im Munde zu führen. Darauf wurde das Abkommen dem Reichstagsausschusse überwiesen und hier im einzelnen geprüft. Riederlen-Wächter hielt am 17. November einen längeren, mit reichem geschichtlichen Stoffe ausgestatteten Vortrag. Um zu zeigen, daß die Regierung nicht mutlos gehandelt habe, verlas er die Antwort, die sie Grey am 24. Juli durch Wolff-Metternich hatte erteilen lassen. Darnach mußte die Anklage verstummen, Deutschland hätte sich einschüchtern lassen. Am 5. Dezember sprach der Reichstag seine Zustimmung zu dem Vertrage aus.

¹⁾ Th. v. Bethmann Hollweg, „Betrachtungen zum Weltkriege“, I, S. 35.

Nicht weniger lebhaft verliefen die Beratungen in den französischen Kammern, obwohl Frankreich allen Grund zur Zufriedenheit mit dem Ausgange hätte haben sollen. Den nächsten Anlaß zur Aufregung bot die Veröffentlichung des am 4. Oktober 1904 zwischen Frankreich und Spanien geschlossenen Geheimvertrages, der durch eine nicht aufgehellte Indiskretion in einer Pariser Zeitung abgedruckt wurde. Daraus erfuhren die Franzosen, daß Delcassé auf Andringen Englands die ganze Nordküste Marokkos den Spaniern überlassen hatte. (Band I, Seite 408). Somit war der Wert der Erwerbung nicht so groß, als man angenommen hatte. Die Unannehmlichkeit mußte hingenommen werden, da England auch jetzt hinter Spanien stand. Trotzdem war der Vorteil Frankreichs so überwiegend, daß die Deputiertenkammer den Vertrag mit Deutschland am 20. Dezember mit großer Mehrheit annahm. Caillaux verteidigte ihn in einer großen Rede, in der er mit einer für einen Franzosen seltenen Unbefangenheit den Wert des Einvernehmens mit Deutschland hervorhob. Aber der dumpfe Groll der unversöhnlichen Vergeltungspolitik kam in der Beratung mehrfach zum Ausdruck, auch darin, daß alle Abgeordnete des französischen Lothringen erklärten, sie müßten gegen den Vertrag stimmen, damit es nicht den Anschein habe, Frankreich könne jemals „vergessen“. Es sollte also nie zwischen den zwei Völkern Frieden geben.

Bewegter war die Aussprache im Senat. Hier zog sich über Caillaux ein Ungewitter zusammen. Es wurde ruchbar, daß er sich durch Fondère mit dem Berliner Kabinett in eine geheime Unterhandlung eingelassen, von der er nicht einmal den Minister des Außeren, de Selves, verständigt hatte. Dieser wurde befragt und nahm an Caillaux Rache für die Zurücksetzung, so daß der Ministerpräsident mit Vorwürfen überschüttet wurde; Clemenceau stellte sich an die Spitze seiner Gegner, benutzte die Gelegenheit, um den jüngeren Nebenbuhler niederzuringen. Es war ein bedenkliches Zeichen der Zeit, daß er, die Friedenspolitik seines eigenen Ministeriums (1906—1909) verleugnend, seinen feurigen Patriotismus glänzen ließ und Deutschland wegen angeblicher Abergriiffe zur Rechenschaft zog. Wieder also, das erkannte

man, bahnte es den Weg zur Macht, wenn ein Parteiführer der Eitelkeit und dem Rachedurst der Nation Worte lieh. So hatte sich im Jahre 1911 die Stimmung zum Schlimmeren gewendet. Das bekam vor allem Caillaux zu verspüren. Gegen ihn erhoben sich auf der einen Seite seine nationalistischen Landsleute, dann aber auch die Presse Englands, soweit sie den Imperialisten zu Gebote stand. Für sie war Caillaux der bestgehaßte Mann, da er seinen eigenen Weg gegangen war, England zwar vorgeschoben, aber die Versöhnung mit Deutschland angebahnt hatte. Von Britannien wurde der Sturm gegen ihn genährt. Die Wochenschrift „Spectator“ behauptete, er sei ein Verräter an seinem Vaterlande, vielleicht ohne es zu wollen; er demütige es durch Hinneigung zu Deutschland. Es war also ein Verbrechen, wenn ein französischer Staatsmann von Friedenswillen getragen war. Von seiner eigenen Partei, den Sozialradikalen, im Stiche gelassen, bot Josef Caillaux am 13. Juni 1912 seine Entlassung an. Sein Fall bewies, daß die Kluft zwischen den zwei Nachbarvölkern nicht zu schließen war. Das wurde noch deutlicher, als Raymond Poincaré sein Nachfolger wurde. Er war der Mann nach dem Herzen Englands, der sich beeilte, wegzulöschen, was Caillaux für eine deutsch-französische Verständigung gearbeitet hatte.

So zerrann die Hoffnung der deutschen Staatslenker, sie würden nach der Lösung der Marokkofrage zu einem Einvernehmen mit Frankreich gelangen. Sie waren nicht ganz schuldlos daran, da die Sendung des „Panther“ nach Agadir alte Leidenschaften wiedererweckt hatte. Cambon hatte nicht unrecht, als er Riederlen vorhielt, das sei geschehen, weil die Deutschen den französischen Nationalcharakter nicht genügend kannten und die Wirkung der Maßnahme auf seine Landsleute nicht richtig einschätzten. Als die deutsche Regierung den Schlag führte, wußte sie noch nicht, daß mit Caillaux ein Minister ans Steuer kam, bei dem die derbe Mahnung nicht notwendig war, weil er von selbst auf ein Abkommen mit Deutschland hinarbeitete. Nur darf man Zwischenfällen wie dem Agadir-Ereignisse nicht die Bedeutung beimessen, sie hätten das Verderben herbeigeführt oder auch nur beschleunigt.

Schließlich war der „Panthersprung“ doch kein Hindernis für das deutsch-französische Abkommen. Die Ursachen der Feindschaft lagen tiefer; der eine Streitgegenstand war wohl aus dem Wege geräumt, aber das „Irréparable“, wie Courcel den Verlust Elsaß-Lothringens nannte, wurde in Frankreich so empfunden wie am ersten Tage. Der Lustspiel=dichter darf ein Glas Wasser oder einen verlorenen Brief benützen, um die Knoten der Komödie zu schlingen, die Weltgeschichte aber schürft nach tieferen Anlässen und Ursachen des die Völker umfangenden Verhängnisses.

